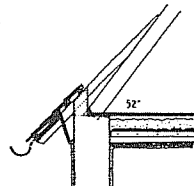


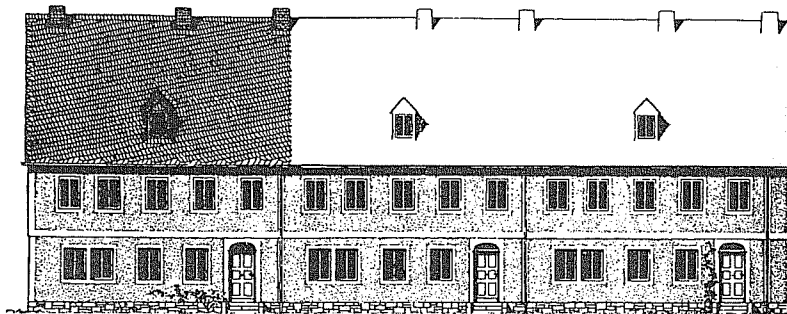
STRASSENANSICHT

MERKMALE DER GESTALTUNG:

- |                        |   |
|------------------------|---|
| 1. DACHEINDECKUNG :    | ZIEGEL - RIBERSCHWANZ DOPPELDACH.                                 |
| 2. DACHAUFBAUTEN :     | STEHENDE DACHGAUBEN.  |
| 3. GIEBELAUSBILDUNG :  | GEPUTZTER G. (EV. AN ENTSP. STELLE FAGW.)                         |
| 4. SIMSAUSBILDUNG :    | STIRNBRETT - AUFSCHREIBER SCHRAB- (EV. AUCH BALATH.)              |
| 5. FENSTER :           | AUßERLICHE N. BÜNDIG.   |
| 6. PUTZ :              | STEHENDES RECHTECK.   |
| 7. FENSTERFASCHEN :    | KELLENPUTZ - GEGALKT U. GESTRICHEN (Z. B. LICHT OCKER).           |
| 8. TÜRFASCHEN :        | FARBIG ABGESETZT um 14 cm (Z. B. LÄDER) (STENGELRÄUDE (MÖGLICH!)) |
| 9. HAUSFASCHEN :       | KEINE.  |
| 10. SOCKELAUSBILDUNG : | NATURSTEIN AUS DEN ELBSTEINBRÜCHEN.                               |



SIMSDETAIL M 1:30

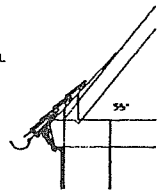


STRASSENANSICHT

MERKMALE DER GESTALTUNG:

- |                        |   |
|------------------------|---|
| 1. DACHEINDECKUNG :    | SCHIEFER - ALTEUTSCHE DECKUNG -                 |
| 2. DACHAUFBAUTEN :     | STEHENDE DACHGAUBEN                             |
| 3. GIEBELAUSBILDUNG :  | GEPUTZTER GIEBEL                                |
| 4. SIMSAUSBILDUNG :    | STIRNBRETT -                                    |
| 5. FENSTER :           | BEDECKEN - IM BELAUBEN - OBERG. PUTZBÜNDIG.     |
| 6. PUTZ :              | STEHENDES RECHTECK.                             |
| 7. FENSTERFASCHEN :    | KELLENPUTZ - GEGALKT U. GESTRICHEN (Z. B. GRAU) |
| 8. TÜRFASCHEN :        | FARBIG ABGESETZT um 14 cm (Z. B. WEISS)         |
| 9. HAUSFASCHEN :       | • • • • •                                       |
| 10. SOCKELAUSBILDUNG : | NATURSTEIN AUS DEN ÖRTL. STEINBRÜCHEN.          |

SIMSDETAIL



REICHSHAIMSTÄTTENAMT  
D. A. F. PLANUNGSABTEILUNG. 40.

Die "Landschaftsräume" Elbe und Lausitz im Vergleich

## "EINE WOHNUNG, GEBAUT WIE EIN AUTO"

Ford und die "Industrialisierung des Wohnungsbaus" im Nationalsozialismus

Als 1940 "der soziale Wohnungsbau des Führers" ins Leben gerufen und als Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zugewiesen wurde (Führererlaß 15.11.1940), schien damit eine drastische Wende in der Wohnungspolitik und Wohnungsproduktion eingeleitet.<sup>1</sup> So fällt am Programm des neuen "sozialen Wohnungsbaues" ins Auge, daß er zu jenem Zeitpunkt ins Leben gerufen wurde, als jahrelange Kriegsvorbereitungen in die Kriegsführung und Kriegswirtschaft überführt worden waren; bei angespanntester Wirtschaftslage sollten nun zwar "Kanonen statt Butter" erzeugt werden, aber eben auch das Friedensgut Wohnung. Mit dem neuen Massenwohnungsbau vollzogen die Nationalsozialisten eine Abkehr von der Förderung des privaten Wohnungsbaues und wandten sich einem staatlich geförderten gemeinnützigen Wohnungsbau zu, wie er bereits in den 20er Jahren unter anderem politischen Vorzeichen bestanden hatte. An die Stelle von Selbsthilfe und vorstädtischer Klein-Siedlung mit Eigenheim und Nebenerwerb, die 1931 am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise durch die Brüning'schen Notverordnungen zum neuen Ziel der Wohnungspolitik erhoben worden waren<sup>2</sup> und nach 1933 auch die Anerkennung der Nationalsozialisten gefunden hatten, sollte nun eine durch-rationalisierte und möglichst weitgehend auf industrielle Basis gestellte Massenproduktion von Mietwohnungen in Groß-Siedlungen treten.<sup>3</sup> Im Zuge solcher "Industrialisierung des Wohnungsbaues" (Stratemann, 1941) sollten, unter Berufung auf Henry Ford, "Wohnungen wie Autos gebaut" werden.<sup>4</sup> Die Wohnhäuser aber sollten heimattümelnd-herkömmlich im Sinne von "Blut und Boden" gestaltet sein. Der neue "Führerwohnungsbau" (Wagner, H., 1941: 152) wurde während des Krieges in kleiner Serie mit dem Ziel erprobt, ihn nach dem erhofften schnellen Endsieg in jährliche Großserien von 600 000 Wohnungen umzusetzen.<sup>5</sup>

Die mit dem "sozialen Wohnungsbau" vollzogene Kehrtwendung in der Wohnungspolitik mag zunächst verwunderlich erscheinen und bedarf der Erklärung. Auf der Suche nach Erklärungen wird es notwendig sein, in die Zwanziger Jahre und sogar noch weiter zurück-zugehen und dort nach den Vor- und Leitbildern, Erprobungen und ideologischen Prägungen jener Fachleute, insbesondere Techniker zu suchen, die 1940 mit der Vorbereitung und pro-beweisen Durchführung beauftragt wurden. Unter ihnen sind engagierte Vertreter des "neuen bauens" ebenso zu finden, wie Vertreter des "Heimatschutzes", insbesondere aber die Sachwalter der Funktionalisierung und Rationalisierung von Haus, Siedlung und Stadt von verschiedener, zuweilen auf den ersten Blick nicht klar erkennbarer politischer Zuordnung:

Waren sie Nazis, waren sie Linke, waren sie Konservative? Im Gegensatz zu einer auch heute noch geäußerten Ansicht sahen viele dieser Fachleute so gar keinen Bruch zwischen ihrer Arbeit in den zwanziger Jahren und in der Zeit des Nationalsozialismus<sup>6</sup>; ja, sie sahen sich nun erst befreit von der einengenden politischen Last der Weimarer Zeit: der als lästig empfundenen Demokratie und ihrer liberalen "Wirr-Warr-Wirtschaft" (Wagner, M., 1932: 165). "Laßt uns neue Städte bauen! Neue Städte mit neuer Ökonomie! Neue Städte nach der Idee der vollendeten Maschine!" (ebd.: 175) rief Martin Wagner emphatisch in Erwartung einer neuen Form von "Planwirtschaft", die er mit dem absehbaren Ende der Weimarer Republik heraufkommen sah. Mit Freude trugen viele Fachleute ihre alten Konzepte in die NS-Zukunft hinein<sup>7</sup>, die sich ihnen nach den Beschränkungen der Anfangsjahre nationalsozialistischer Herrschaft erst mit der Kriegswirtschaft wirklich zu eröffnen schien. Versprach doch die Kriegszeit gerade den Technikern die Verwirklichung der ihnen schon lange verheißenen "Befreiung der Technik" und "die Heranziehung der Ingenieure zur Staatsverwaltung" (Schwerber, 1930: 5).

Betrachten wir den gesamten Zeitraum zwischen dem Beginn des Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkrieges als eine historische Einheit, so kann sie als eine Periode intensiver Modernisierungsbemühungen in Industrie und Gesellschaft verstanden werden<sup>8</sup>, die allerdings auf den schärfsten und inhaltendsten Widerstand der ewig Gestrigen, der, wie Hitler sie 1933 nannte, "Rückwärtse" (Hitler, 1933: 82) stieß. Die beiden "politischen Brüche" von 1918 und 1933 ließen diese Modernisierungsphase zwar in drei scharf gegeneinander abgesetzte politische Zeitabschnitte zerfallen: Kaiserreich, Weimarer Demokratie, totalitärer "Führerstaat" (Frei, 1988). Aber eine Abkapselung der Hitlerzeit gegenüber der Weimarer Zeit, wie sie insbesondere die Propaganda der Nationalsozialisten glauben machen wollte oder wie sie die apologetische Geschichtsklitterung der Nachkriegszeit herbeizureden suchte, das hatte es ebensowenig gegeben wie die Abkapselung der Weimarer Zeit von der Kaiserzeit: Institutionen, Personen, Konzepte und technischer Fortschritt liefen in großer Anzahl ungebrochen über diese politischen Brüche hinweg.

Der "politische Bruch" von 1933<sup>9</sup> bedeutete zunächst eine alles umfassende Säuberung und Sortierung, "Gleichschaltung" und einen Aufbau der hierarchisch-militärisch nach dem "Führerprinzip" gegliederten "Volksgemeinschaft". Die "Einheit von Partei und Staat" (Kühnl, 1987: 242) wurde gesichert und die zuvor noch vagen politischen Positionen präzisiert; dabei wurde insbesondere "die Illusion, die Partei werde die Position des Mittelstandes festigen und eine ständische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herstellen, zerstört" (ebd.: 239); ohne diese Kurskorrektur hätten sich Groß-Industrie und Groß-Kapital wohl kaum für die Mitwirkung bei den auf industrieller Modernisierung beruhenden Kriegsvorbereitungen gewinnen lassen.<sup>10</sup>

Im Verlauf der sogenannten "nationalsozialistischen Revolution" (Hitler, 1933: 9) wurden auch die bestehenden konzeptionellen Ansätze und ideologischen Strömungen in Wohnungswesen, Städtebau und Architektur nach neuen Präferenzen geordnet; ungeeignet und unbequem erscheinende Konzepte und deren prominente Vertreter wurde ausgesondert: Linkslastige und jüdische Vertreter wurden verjagt oder liquidiert; rechtslastige "Rückwärtse" und über die Ziele hinauschießende Partei-Revolutionäre wurden ebenso liquidiert oder zurückgedrängt. Gleichschaltung hieß auch, daß unnötig erscheinende Konkurrenz im Bauwesen ausgeschaltet und das Reservoir an unauffälligen Technikern und Fachleuten auf eine für die anstehenden Bauaufgaben als ausreichend erachtete Größe zurückgeführt wurde.

Neue Konzepte aus dem Ärmel zu zaubern war der "schöpferischen Rasse" (ebd.: 5) der Nationalsozialisten freilich nicht gegeben; zudem gab es in ausreichendem Maß Konzepte aus der Weimarer Zeit, die einer ideologischen "Aufordnung" (Feder, 1928: 44) zur Verfügung standen. So auch im Wohnungswesen und bei der Baugestaltung, wo nach neuer Sortierung und Gewichtung auf längst zuvor diskutierte und erprobte Konzepte zurückgegriffen wurde.<sup>11</sup> Vom gesellschaftlich bedeutsamen Politikfeld des "Wohnungswesens" aus betrachtet, bedeutete der "politische Bruch" im Januar 1933 also eher eine neue Weichenstellung auf dem Verschiebebahnhof der konkurrierenden zeitgenössischen Konzepte: eine Weichenstellung, die den Zug der Wohnungspolitik, wie schon einmal in der Inflationszeit, auf das Gleis der "ländlichen und vorstädtischen Klein-Siedlung" (Langen, 1923) führte. Zentrums-Kanzler Heinrich Brüning hatte diese neue Weichenstellung allerdings schon am 6. Oktober 1931 mit Notverordnungen herbeigeführt; 14 Monate vor der sogenannten "Machtergreifung Hitlers" hatte er damit nicht nur auf die Weltwirtschaftskrise reagiert, sondern auch auf den zunehmenden politischen Druck von rechts.<sup>12</sup> Es zeigt sich bereits daran, daß der "politische Bruch" von 1933 weder ein unerwartetes Ereignis war noch gewertet werden darf als ein Zerschneiden in zwei gegeneinander abgeschottete historische Abschnitte.

In diesem Zusammenhang soll nun versucht werden, drei Fragen zum neuen "sozialen Wohnungsbau" von 1940 zu beantworten:

1. Was hatte dazu geführt, die Wohnung 1940 wieder zum Gegenstand sozialstaatlicher Fürsorge zu machen und die beiden zentralen Aufgaben im Wohnungswesen - die "Rationalisierung der Wohnungsproduktion" und die mit ihr verbundene "soziale Rationalisierung" durch Wohnungsbau - in staatliche bzw. parteiliche Hände zu nehmen und im ganzen Reich einheitlich aufeinander abzustimmen? Es ist dies die Frage nach dem Konzept der Bereitstellung der Wohnung als einer vereinheitlichten sozialen Versorgungsleistung des Staates für die Gesamtheit der gleichzuschaltenden "Volksgenossen".
2. Was veranlaßte die Techniker und Sozial-Ingenieure der DAF 1940, bei ihren Bemühungen um Rationalisierung der Wohnungsproduktion wieder in der Weimarer Zeit, bei der Idee einer an der Automobilproduktion ausgerichteten Wohnungsproduktion anzuknüpfen, wo doch die Nationalsozialisten jahrelang lauthals alle Errungenschaften der Weimarer Republik als untauglich für den Aufbau ihres "Führerstaates" zurückgewiesen hatten?
3. Was hatte die Sozial-Ingenieure der DAF dazu bewegt, den rationalisierten, teils sogar industriell hergestellten und auf genormte Durchschnittsbedürfnisse der "Volksgenossen" abgestimmten Massenwohnungsbau hinter herkömmlichen Fassaden zu verstecken; d.h. die mit der Rationalisierung verbundene "Landschaftsnorm" als "landschaftsgebundenes Baugestalten" (Lindner, 1942: 751) auszugeben, wo doch das herkömmliche Bauen gerade nicht aus dem Betonmischer und vom Fließband stammte?

Für die Beantwortung dieser Fragen soll auf zwei zeitgenössische und miteinander verwobene Ideenstränge zurückgegriffen werden: einerseits auf den historischen "Fordismus", der seit den frühen zwanziger Jahren die Rationalisierung von Produktion und Alltag miteinander zu verbinden und der industriellen Modernisierung einen Weg zu weisen versprach<sup>13</sup>; andererseits auf eine für Deutschland kennzeichnende ideologische Strömung, die unter der Bezeichnung "konservative Revolution" (Jung, 1932; ausführlich bei Mohler, 1972) und unter Berufung auf die "ewigen Werte" von Volk und gottgewollten Ständen vorgab, Aufklärung und Mythos,

„Technik, Blut und Boden“ miteinander zu etwas Neuem zu verbinden: zur Vermittlungsformel nämlich im Streit um die dem „deutschen Wesen“ angemessene Form der Modernisierung von Industrie und Gesellschaft. Im sogenannten „reaktionären Modernismus“ (Herf, 1986), der auch in der Architektur deutlichen Niederschlag fand, sollten die offenen gesellschaftlichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Groß-Industrie und Handwerk, zwischen Führer und Geführten unausgetragen im Nebel der Beschwörung von Tradition, Heimat, Organik und Fortschritt verschwinden.

### 1. FORDISMUS IN DER WOHNUNGSPOLITIK: BETRIEBLICHE ODER STAATLICHE WOHNUNGSFÜRSORGE?

Es gab innere, in den Zielen und Machtkämpfen der einzelnen Parteigliederungen angelegte Gründe, ebenso wie äußere, in der wirtschaftlichen und demographischen Situation angelegte Gründe, die nach der Konsolidierung des NS-Staates und bei Kriegsbeginn zu einer neuen Weichenstellung im Wohnungswesen und zu einer „sozialstaatlichen Lösung der Wohnungsfrage“ drängten. In ihrem Zusammenwirken stellt sich „Hitlers sozialer Wohnungsbau“ als die gewissermaßen konsequenteste Beantwortung der Wohnungsfrage des Jahres 1940 dar.

Zunächst zu einigen der äußeren Gründe. Die siegreich vormarschierenden deutschen Truppen ließen 1940 einen baldigen „Endsieg“ erwarten. Aus dieser Perspektive ergab sich wohnungspolitischer Handlungsbedarf. Einerseits wurde neues Land erobert, das aus dem „Volk ohne Raum“ nun einen „Raum ohne Volk“ zu machen drohte: „Unsere größte Sorge muß sein, das Volk wachsen zu lassen, d.h. Kinder zu gebären“ (Wagner, H., 1941: 148); dazu mußte ein großes, einheitlich geplantes Werk für Wohnung und Siedlung in Gang gesetzt werden. Andererseits war das Ende des Ersten Weltkrieges und die bedrohliche politische Unruhe unter den zurückströmenden Truppen noch in guter Erinnerung. Sie hatte gelehrt, daß die Demobilisierung der Truppen auch nach einem siegreich beendeten Beutezug sorgfältig vorzubereiten war und jedem ein Teilchen der Beute zukommen mußte. Erwartungen an das soziale Engagement des „National-Sozialismus“ waren bei den kämpfenden Soldaten geweckt und mußten um des lieben „inneren Friedens“ und um der Glaubwürdigkeit der NSDAP willen unbedingt erfüllt werden (ebd.: 153). Die jährlich im Haushalt für Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ausgegebenen „Rüstungsmilliarden“ ließen sich nach Kriegsende umschichten<sup>14</sup> und für die innere Stabilisierung und den Aufbau eines „vorbildlichen Sozialstaates“ (DAF (1940/41) 1986: 112) einsetzen, dessen „Staatsmaßnahmen“ umfassen sollten: 1. die Altersversorgung; 2. das Gesundheitswerk; 3. Freizeit und Erholung; 4. den Wohnungsbau (ebd.).

Der hohe Stellenwert, der einem neuen „sozialen Wohnungsbau“ vor allem von der Seite der DAF beigemessen wurde, beruhte darauf, daß er sich als Programm schon vor dem Erreichen des „Endsieges“ in besonders geeigneter Weise propagandistisch auswerten ließ und die Kampfkraft der Soldaten an der Front anzuheizen versprach. Darüber hinaus sah die DAF voraus, daß im Nachkriegs-Deutschland „ein Fünftel der schon vorhandenen Arbeitsplätze nicht besetzt werden könne, weil es an Menschen fehlt“ (ebd.). Da die „volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit hauptsächlich ... von der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des

schaffenden Volkes“ (ebd.) abhängen, war für die DAF unabdingbares Gebot der Stunde, die menschliche „Leistungsfähigkeit“ als Ausgleich für die fehlenden Arbeitskräfte zu steigern; ferner die „Zeugungsbereitschaft“ der Bevölkerung zur Auffüllung der demographischen Lücke anzuregen: „Rund 300 000 Kinder werden zur Zeit jährlich nur deshalb nicht geboren, weil die elenden Wohnverhältnisse den Eltern den Mut dazu nehmen ... Wenn der drohende Zerfall des Altersaufbaues noch verhindert werden soll, dann muß innerhalb des nächsten Jahrzehntes Wandel in den Wohnverhältnissen geschaffen werden“ (ebd.).

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung „sparte das Regime für den Krieg und hielt die Menschen kurz“ (Frei, 1987: 94); so investierte der Staat in die Aufrüstung, den Westwall- und Autobahnbau und zog sich weitgehend aus der direkten Förderung des Wohnungsbaues zurück, überließ ihn der Privatwirtschaft. Seit 1933 wurden nur wenige spezielle Wohnungsbauprogramme verfolgt und meist nur indirekt gefördert, z.B. durch „Reichsbürgschaften“ oder ab 1936 durch die „Grundsteuerbeihilfe“. Unter anderen gab es folgende Wohnungsbauprogramme:

□ Den „Werkwohnungsbau“ vor allem für „Stammarbeiter“ bei bestehenden und neu gegründeten Industrierwerken: Hierbei wurde bei Siedlungstyp, Haustyp und Gartenland-Zulage weitgehend an die Brüningschen „Stadtrand-Siedlungen“ von 1931 angeknüpft.<sup>15</sup> Träger waren entweder die Industrierwerke selbst oder die von ihnen gegründeten gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. In diesem Rahmen wurden auch ca. 20 % „Eigenheime“ gebaut, die die Arbeiter käuflich erwerben konnten. 1935 war für die Koordination dieses sogenannten „Arbeiterwohnstättenbaues“ der Industrie eine „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Arbeiterwohnstättenbaues“ ins Leben gerufen worden, die unter der Federführung der „Reichsgruppe Industrie“ als eine Art Lobby auf Beteiligung der Industrie in den zuständigen Gremien achtete, auf verstärkte öffentliche Förderung drängte, Einfluß nahm auf die gesetzlichen Bestimmungen im Arbeiterwohnstättenbau und auf dessen weitere Verbreitung innerhalb der Industrie hinarbeitete; wogegen die DAF in ihm eine unliebsame Konkurrenz sah und ihn stets zu unterlaufen suchte. Dennoch konnten z.B. 1938 ca. 26 000 Arbeiterwohnstätten mit 3,7 Mio. RM gefördert werden, und für 1939 waren 50 000 Einheiten in die Förderung eingeplant, die jedoch wegen des Kriegsbeginns bei weitem nicht gebaut wurden.<sup>16</sup>

□ Den Bau von „Wirtschaftsheimstätten“ in einem „Sondersiedlungsprogramm der DAF“, das sich ebenfalls an den Brüningschen „Stadtrand-Siedlungen“ orientierte und zunächst gedacht war „als soziale Hilfe für Arbeiter mit Niedrigsteinkommen in Notstands- und Grenzgebieten“ (GEHAG, 1957: 26). In der Weimarer Zeit gegründete gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, wie die GEHAG, fanden hiermit 1933 - 1935 eher schlecht als recht ihr Auskommen; die DAF bezuschußte diese Siedlungen aus ihren eigenen Mitteln.<sup>17</sup> Die Kleinsiedlungen mit Gartenzulage oder landwirtschaftlichem Nebenerwerb erwiesen sich indes schon bald als wenig rentabel und fanden mit der anlaufenden „Rüstungskonjunktur“ ab 1935 immer weniger Zuspruch. Waren doch die Siedlungen meist ungünstig zu den Arbeitsplätzen gelegen und die Arbeiter durch ihre industrielle Tätigkeit wieder so in Anspruch genommen, daß sie ihre Kleinviehbestände verkaufen und die Landzulage brach liegen lassen mußten.<sup>18</sup> Ab 1937 wurde dieses Programm auf „städtische Kleinsiedlungen“ umgestellt und das Konzept der „Landchaftsbindung“ erprobt<sup>19</sup>; unter großem Werbeaufwand<sup>20</sup> wurde es auch im Rahmen des „Führererlasses“ bis 1942 weitergeführt.

□ Das Reichsarbeitsministerium reagierte im Sommer 1935 auf die veränderte Situation auf dem Arbeitsmarkt mit dem Programm der "Volkswohnung", für die keine Bau- oder Größenvorschrift erlassen, sondern lediglich die Baukostenobergrenze auf 3 000 RM festgelegt wurde; dies aber bedeutete "billigste Mietwohnungen in 1- oder 2geschossiger Bauweise, die hinsichtlich Wohnraum und Ausstattung äußerste Beschränkung aufweisen". Der Staat war hiermit wieder zur direkten Förderung in bescheidenstem Maß zurückgekehrt und vergab für den Bau von "Volkswohnungen" niedrig verzinsten Darlehen in Höhe von 1/3 bis 1/2 der Baukosten. In der Industrie erhob sich allerdings Widerstand gegen die Dürftigkeit der "Volkswohnungen", von denen bis Ende 1939 dennoch ca. 152000 Einheiten errichtet wurden.<sup>21</sup>

Der rüstungsferne Wohnungsbau geriet ab 1937 unter den Druck des 1936 angelaufenen Vierjahresplanes. Baumaterial und qualifizierte Arbeitskräfte wurden knapp - mit der Folge drastisch steigender Baupreise und einem Absacken der Wohnungsbauproduktion von 335 000 neugeschaffenen Wohnungen in 1937 auf 220 000 in 1939. Besonders betroffen waren der Bau von "Arbeiterwohnstätten" und "Volkswohnungen", wo geplante Wohnungsbauvorhaben wegen Kapitalmangel zurückgestellt werden mußten: "Die Schere zwischen sozialpolitischem Wunsch - nach Verbesserung der Wohnungsgrößen und Ausstattungen, vor allem aber der Erhöhung des Anteils der von den gemeinnützigen Gesellschaften gewünschten Vierraumwohnungen - und der Wirklichkeit des Baumarcktes hatte nicht geschlossen werden können" (GEHAG, 1957: 27f). Der bis Kriegseintritt mager geförderte und daher bescheidene bis dürftige Wohnungsbau ging sang- und klanglos in den ersten Kriegsjahren zu Ende. Für die in Quantität und Qualität weitgesteckten Zielsetzungen des "Führer-Wohnungsbaues" durfte er in keiner Weise als Muster dienen.<sup>22</sup>

Solche und ähnliche äußere Gründe können die wohnungspolitische Weichenstellung zu jenem riesigen, staatlich geförderten Wohnungsbauprogramm Hitlers und seiner Erprobung schon während des Krieges hinreichend erklären. Sie können indes weder seine innere Struktur im Zusammenhang der gesellschaftlichen Leistungssteigerung erklären noch die Tatsache, daß seine Verwirklichung gerade in die Hände der DAF gelegt wurde. Hier wird nun auf einige innere Gründe einzugehen sein.

Der im Mai 1933 aus der Zerschlagung der Gewerkschaften hervorgegangenen Deutschen Arbeitsfront hatte Hitler im Oktober 1934 eindeutige Aufgaben zugewiesen: Sie war nun die "Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust". In ihr waren zwecks Vermeidung des Klassenkampfes die "Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen". Sie war als Organisation unmittelbar an die Partei angeschlossen. Ihr Leiter, Robert Ley, war gleichzeitig Organisationsleiter der NSDAP. Ihre Aufgabe war es vor allem, den "Arbeitsfrieden zu sichern" (zit. nach Kühni, 1987: 255f).

In der DAF hatten sich über die Jahre hin die Modernisierer aus dem "antikapitalistischen" Lager der NSDAP, aus Technikerkreisen und den früheren Gewerkschaften zusammengefunden. Vorgeprägt von den Ideen des technischen Fortschritts, der industriellen Rationalisierung, des Taylorismus und Fordismus, verstanden viele sich als "Sozial-Ingenieure", als eine technokratische Elite, die danach strebte, dem technischen Fortschritt den sozialen Fortschritt nationalsozialistischer Prägung zur Seite zu stellen. Das hieß einerseits Befürwortung der Industrialisierung und andererseits "Brechung der Zinsknechtschaft", denn "in Zinsknecht-

schaft befinden sich alle, die durch ihre geistige oder körperliche Arbeit ihr Brot verdienen müssen, während ihnen gegenüber eine zahlenmäßig kleine Schicht - arbeits- und mühelos - aus ihren Zinsen, Bank- und Börsengewinnen, Finanztransaktionen usw. riesige Einnahmen beziehen ... In Zinsknechtschaft befindet sich auch der Industrielle, der in zähester Arbeit seinen Betrieb aufgebaut hat, ihn dann dem Zug der Zeit folgend in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hat und nun nicht mehr Herr seiner freien Entschliebung ist, sondern die unersättliche Profitgier der Aufsichtsräte und Aktionäre befriedigen muß" (Feder, 1928: 31). Die fordsche Gedankenwelt innerhalb der DAF wurde bestärkt durch die baldige Eingliederung des 1925 von der Industrie gegründeten Deutschen Instituts für Technische Arbeitsschulung (DINTA) in die DAF. Das DINTA hatte während der Weimarer Zeit als ein Hort des konservativen Unternehmer-Fordismus, des aus "Verbesserung von betrieblichen Sozialleistungen" und psychotechnische Schulung ausgerichteten sogenannten "weißen Sozialismus" (von Gottl-Ottlilienfeld, 1924) gegolten.<sup>23</sup>

Dies und die großen Worte Fords, daß "das Kapital, das die täglichen Lebensverhältnisse des Arbeitenden nicht ständig hebt und den Lohn der Tagesarbeit gerechter gestaltet, seine höchste Aufgabe verfehlt" (Ford, 1923: 127), führten die Modernisierer der DAF wohl zu dem Schluß, daß die Industrie zu verpflichten war, ihre Gewinne für verbesserte Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen im Betrieb zu verwenden: "Es muß eine wesentlich erhöhte Produktionsleistung zu wesentlich erträglicheren sozialen Bedingungen erzielt werden" (DAF, 1940/41). Die Anstachelung der Leistungsbereitschaft im fordschen Sinne schien gerechtfertigt, käme sie doch letztlich der "Volksgemeinschaft" zugute<sup>24</sup> und diene dazu, "ein dem technischen Fortschritt gewachsenes Volk heranzuziehen" (DAF, 1940/41).

Da Ford sich auch zum Wohnungsbau geäußert hatte - "Die durch die Fabrik erzielten Gewinne erhalten nur dann eine Daseinsberechtigung, wenn sie dazu verwendet werden, die Sicherheit der von der Fabrik abhängigen Heimstätten zu verdoppeln" (Ford, 1923: 108) -, spielte der zunächst "Heimstätten" genannte Klein-Wohnungsbau für die DAF in ihrem schon 1933 ins Leben gerufenen "Reichsheimstättenamt" eine bedeutsame Rolle: Ford hatte genaue Vorstellungen von einer Verbindung von Industrie- und Landarbeit, "einer vorübergehenden Arbeit unter freiem Himmel" (ebd.: 124), erarbeitet; so konnte sich die DAF darin bestätigt fühlen, die von ihr finanzierten "Heimstätten-Siedlungen" mit Landzulage für den bäuerlichen Nebenerwerb musterhaft auszustatten.<sup>25</sup>

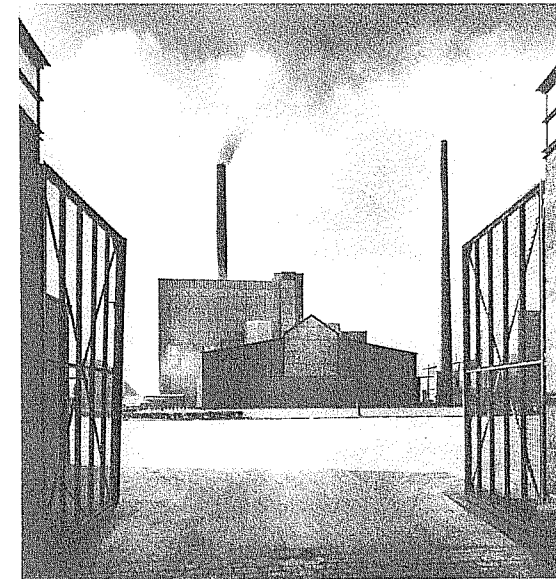
Hinter allen Verbesserungen der "sozialen Leistung" und hinter der mit ihnen verknüpften "nationalsozialistischen Verherrlichung des Leistungsethos" stand indes das wohl auch bei Ford abgeschautete Ziel der DAF: "Die Arbeiterschaft qua Entsolidarisierung politisch ruhig zu halten und aus Deutschland trotzdem ein Arbeitshaus zu machen" (Frei, 1987: 97).

Die Lehre Fords spielte für die antikapitalistischen Modernisierer der DAF auch im Bereich der industriellen Waren-Produktion und -Distribution eine Rolle: Die Gewinne daraus sollten nicht in erster Linie den privaten Unternehmern zufließen; vielmehr sollte, wie Ford es praktiziert hatte, "ein immer mehr vervollkommnetes Produkt zu immer niedrigerem Preise führen" (Ford, 1923: 89). Das "immer mehr vervollkommnete Produkt" mußte allerdings - wie das "Ford T-Modell" gezeigt hatte -, vereinheitlicht, d.h. "genormt" werden, um dem Effekt der großen Serie bei einer "fabrikmäßigen Massenproduktion" (Stegemann, 1926: 112f) zu genügen. Hierzu aber war nach den Vorstellungen der DAF der in Deutschland gegenüber den USA rückständige, vom Wettbewerb bestimmte Konsumgütermarkt umzustellen auf eine

zentral gelenkte Bedarfs- oder Zuteilungswirtschaft: "Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital" (Feder, 1928: 33). Die erforderliche Quantität, also der Bedarf nach dem Konsumgut, und seine den Bedürfnissen der Benutzer gerecht werdende Qualität mußten zunächst von der Befehlszentrale, der DAF, wissenschaftlich erkundet, dann "von oben" in eine Norm für seine Produktion umgesetzt und schließlich in massenhafter industrieller Produktion normgerecht hergestellt werden - sei es von dem Staat angegliederten Betrieben oder von an Norm und Preisgestaltung gebundenen Privatbetrieben<sup>36</sup>: Einheitsprodukte für Einheitsbedürfnisse der auch im Konsum gleichzuschaltenden "Volksgenossen" im Zuge der forcierten materiellen Modernisierung - und mit der Absicht, den deutschen Rückstand im Konsumsektor gegenüber den USA bald aufzuholen.<sup>37</sup> Die Leitung solch industrieller Konsumgüterproduktion unter weitgehendem Gewinnverzicht - z.B. durch Einschaltung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft - wollte die DAF unter der NS-Formel "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" (ebd.: 28) gerne selbst übernehmen.

Ihr Trachten war also - neben der Einflußnahme auf die Arbeitsverhältnisse und auf die leistungssteigernden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den produzierenden Betrieben - vor allem auch auf die Erzeugung und die Verteilung von preisgünstigen, genormten "Volkprodukten" im Konsumsektor gerichtet: So liefen "Volksempfänger" und "Volkswagen" auch tatsächlich unter Leitung der DAF vom Stapel; der "Volkskühlschrank" (Simon, 1941: 9) wurde im Reichsheimstättenamt der DAF 1940 ebenso entwickelt wie eine "Volksküche" und vereinheitlichte "Volksmöbel", denn auch bei der "Wohnungseinrichtung ... muß der Arbeiter in seinem Geschmack dazu erzogen werden, daß das, was einfach und klar ist, in der Regel das Schönste ist" (ebd.). Als "Volkswohnung" war der neue "Führerwohnungsbau" (Wagner, H., 1941: 152) gedacht: "Sozialer Wohnungsbau ist derjenige Wohnungsbau, der Wohnungen nach durchschnittlichen Bedürfnissen in Serie für die breite Masse herstellt" (ebd.: 150); für die als "unverzinsliches Gebrauchsgut ... aus der kapitalwirtschaftlichen Verflechtung herausgelöste" (Simon, 1941: 1) Wohnung war keine Marktmiete zu bezahlen, sondern, entsprechend einer alten Forderung von Rudolf Stegmann von 1927, eine an den genormten Bedürfnissen der Bewohner ausgerichtete "tragbare Miete" (Führererlaß 15.11.40, §4); für sie sollten allein der sozialpolitische Zweck und die Herstellungskosten maßgeblich sein.<sup>38</sup> Ungeschickterweise war für dieses "Volkprodukt" der Begriff "Volkswohnung" schon 1935 durch den oben erwähnten dürftigen Sozialwohnungsbau des Reichsarbeitsministeriums in Mißkredit geraten - eine der vielen Ursachen ständigen Kompetenzstreites zwischen Reichsarbeitsministerium und DAF. In der DAF hatten die Weimarer Erfahrungen und die andauernde Beobachtung der amerikanischen Verhältnisse (Schäfer, 1991) offensichtlich zum Gedanken geführt, der Fordismus lasse sich vom zentral gelenkten Großunternehmen auf den "Führer-Staat" übertragen. Dabei ließen sich insbesondere die betrieblichen Sozialleistungen im gesamten Industriesystem vereinheitlichen und im Interesse der Partei eine quasi-militärische Befehlsstruktur in die industrielle Arbeitswelt einführen. Robert Ley forderte daher 1936 bei Beginn des der Aufrüstung dienenden Vierjahresplanes eine "Straffung der Sozialpolitik" (zit. nach Frese, 1991: 421) und machte gegenüber der Industrie den "Totalitätsanspruch der Deutschen Arbeitsfront" (ebd.: 422) bei der einheitlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse und der Verbesserung der betrieblichen Sozialleistungen geltend - wohl auch in der Hoffnung, verstärkt Gefolgschaft in den Betrieben zu gewinnen und die Machtstellung seiner DAF auszubauen.<sup>39</sup>

Folglich versuchte die DAF mit ungebrochenem Ehrgeiz über die Jahre hinweg, Einfluß auf die Industrie zu gewinnen - und biß doch damit stets auf Granit bei der Industrie, die sich, wie schon im Ringen mit den Gewerkschaften während der Weimarer Zeit, jegliche äußere Einmischung in die Arbeitsverhältnisse und die betriebliche Sozialpolitik verbat und vor allem die Betriebsgeheimnisse gefährdet sah. Die Partei aber hatte, um Unruhe in der Industrie zu vermeiden, hierauf Rücksicht zu nehmen.<sup>39</sup>



Die DAF mußte draußen bleiben: ihr Ziel, in den Fabriken im Sinne betrieblicher Sozialpolitik der NSDAP zu wirken, erreichte sie kaum, 1934

So war schon im Zusammenhang der frühen Auseinandersetzungen mit der DAF im Januar 1934 das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (AOG) erlassen worden<sup>31</sup>, das dem "Führer eines Betriebes" die Pflicht auferlegte, "für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen" (§2); der aus der Belegschaft ausgewählte "Vertrauensrat" beriet ihn bei "allen Maßnahmen, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betrieb und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen" (§6). Dem "Führer eines Betriebes" stand die Befehlsgewalt, den "Gefolgschaftsmitgliedern" aber der Gehorsam zu (§16); der "Führer des Betriebes" war allerdings indirekt "an Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden" und hatte z.B. unbedingt "für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen" (§18).

Der unter anderen politischen Vorzeichen in der Weimarer Zeit bei den Gewerkschaften entwickelten Idee eines vom Unternehmen auf den Staat übertragbaren Fordismus - u.a. im Bereich des Wohnungsbaues<sup>37</sup> - war damit schon zu Beginn der NS-Zeit eine scharfe Absage erteilt; wie in der Weimarer Zeit, wurde weiterhin im Zeichen des sogenannten "weißen

Sozialismus“ eine von Betrieb zu Betrieb verschiedenartige „betriebliche Sozialpolitik“ praktiziert. Dazu gehörte neben dem Ausbau des betrieblichen Freizeitwerks, des Betriebssports, der Werkskantine, des Unfallschutzes und der Arbeitshygiene unter anderem auch der in bescheidenem Maß vom Staat geförderte „Arbeiterwohnstättenbau“ für die „Stammgefolgschaft“. <sup>33</sup> Der „Entsolidarisierung der Arbeiterschaft“ diene die genaue Einteilung in mehr oder weniger privilegierte Arbeiter: Die betrieblichen Sozialeinrichtungen, einschließlich des Wohnungsbaus, standen nämlich nur den sorgfältig nach fachlicher Qualifikation, politischer Zuverlässigkeit, rassistischer Reinheit und Leistungsbereitschaft ausgewählten „Stammarbeitern“ zu; sie waren weder für deutschstämmige Anlern- oder Hilfsarbeiter, noch gar für Zwangsarbeiter gedacht. <sup>34</sup> Mit den betrieblichen Sozial-Einrichtungen winkten im Sinne des Unternehmer-Fordismus Aufstiegschancen und Privilegien, die sich auch deutsche Arbeiter erst mühsam verdienen mußten. Kein Wunder also, daß die Industrie z.B. beim „Arbeiterwohnstättenbau“ für ihre „Stammarbeiter“ auf hohe Qualität von Bau und Siedlung Wert legte und die dürftige „Volkswohnung“ als wenig leistungsanreizend ablehnte.

Da sich die Industrie dem unmittelbaren Einfluß der DAF hartnäckig entzog, mußte diese ihre sozialreformerischen Aktionen auf Bereiche außerhalb der Betriebe beschränken: auf das Ferienwerk „Kraft durch Freude“ (KdF), das ab 1934 die rationell-reproduktive Bewältigung des von 6 auf 12 Tage erhöhten Arbeitsurlaubs sicherstellen sollte <sup>35</sup>; auf Modellvorhaben wie z.B. das schon 1933 in die Wege geleitete Programm „Schönheit der Arbeit“ <sup>36</sup>, welches, anfangs von Albert Speer geleitet und deutlich am Vorbild der Fordwerke ausgerichtet, Vorschläge zur funktionell-hygienischen Gestaltung der Fabrik, der Arbeitsplätze und der betrieblichen Sozialeinrichtungen erarbeitete <sup>37</sup>, oder auf Bemühungen des DAF-Reichsheimstättenamtes um rationelle Siedlungsformen für den Wohnungsbau <sup>38</sup> und im angegliederten Programm „Schönheit des Wohnens“ (Grosskinsky, 1941), um ein rationelles Wohnen und eine rationelle Haushaltsführung in typisierten Wohnungseinrichtungen. <sup>39</sup>

Solche und andere mit großem Propagandaaufwand vorgetragene Modellvorhaben <sup>40</sup> sollten die Industrie dazu anregen, dem Schrittmacher DAF im Wohnungs- und Siedlungsbau nachzueifern. Da indes dieser ebenso wie „Arbeitsplatzverbesserungen und Erholungseinrichtungen für die Leistungssteigerung und Werksverbundenheit in der Großindustrie schon vor 1933 bestens bekannt und entsprechende Maßnahmen bereits in Angriff genommen worden waren“ (Frese, 1991: 344), reagierte die Industrie auch hier eher distanziert auf die DAF und ihre Angebote.

Erst der Eintritt in die Kriegswirtschaft schien die DAF der Verwirklichung ihres Totalitätsanspruchs näherzubringen. <sup>41</sup> Denn die industrielle Leistungssteigerung könnte nun nicht länger mehr als „Flickschusterei“ (DAF, 1940/41) mit gelegentlichen Verbesserungen der betrieblichen Sozialleistungen durch einzelne Industrie-Unternehmen erfolgen, sondern nur noch „in einem neuen Rhythmus“ auf der Grundlage einer alles umfassenden Gesamtorganisation vereinheitlichter Sozialleistungen, für die nicht das einzelne Industrierwerk, sondern der Staat, die Partei und die DAF verantwortlich wäre. Mit dem bereits erwähnten DAF-Konzept eines „vorbildlichen Sozialstaates“ von 1940/41 sollte der Übertragung des Fordismus vom Industrie-Unternehmen auf den Staat „mit einem Schwertstreich durch den gordischen Knoten“ (ebd.) Bahn gebrochen und die verbesserte soziale Versorgung „allen Volksgenossen“ (ebd.) in Aussicht gestellt werden. Kennzeichnend für die Idee eines „Staats-Fordismus“ Leyscher

Prägung war indes, daß sich die DAF als eine Art von staatlicher Betriebsführung verstand, die sich nicht nur die Zuordnung der Sozialleistungen zu ausgewählten Regionen und Industrien vorbehielt, sondern auch die Beurteilung, wer denn nun als „Volksgenosse“ genügend verdient sei, um in den Genuß solcher Sozialleistungen - so auch einer Sozialwohnung - zu gelangen: „Die Einweisung der Mieter erfolgt durch die Gemeinden mit Zustimmung der Partei“ (Führererlaß, 1940, §3). Auch hier folgte die DAF wohl Henry Ford, der für den sozialen Aufstieg in der Firma streng darauf sah, „nicht die Beförderungsberechtigten, sondern die Beförderungswilligen herauszusuchen“ (Ford, 1923: 63). Die Dialektik von Vereinheitlichung der Sozialleistungen und von gleichzeitiger Zergliederung des Kreises der Nutznießer sollte im ursprünglich ford'schen Sinne zur vermehrten Arbeitsleistung anspornen und die Hörigkeit gegenüber dem Spender, dem Leyschen „Sozialstaat“, erhöhen. Darüber hinaus sollte die Privilegierung des einen Teils „bewährter“ Volksgenossen getragen werden von der breiten Masse der noch nicht Bewährten und der Unterprivilegierten - insbesondere von jenen „fremdvölkischen Arbeitssklaven“, die die SS „zunächst für Kriegsaufgaben, später für Friedensaufgaben“ aus den besetzten Ostgebieten als billig ausbeutbare Arbeitskräfte heranzuschaffen anbot (SS-Obergruppenführer Pohl 1942, zitiert nach: Bauche u.a., 1986: 94). So auch für die billige Produktion des neuen „sozialen Wohnungsbaus“: „Hierbei ist in erster Linie an die polnischen Arbeitskräfte des Generalgouvernements gedacht, das nach dem Willen des Führers in Zukunft als Menschenreservoir für alle diejenigen Aufgaben des Deutschen Reichs dienen muß, bei denen einerseits die Produkte so billig wie möglich hergestellt werden müssen, andererseits aber der Einsatz der Arbeitskräfte nur saisonmäßig erfolgen kann“ (Simon, 1941: 5).

Als sich bei Kriegsbeginn zeigte, wie sehr der Wohnungsbau im argen lag <sup>42</sup>, stürzten sich viele Parteigrößen auf die Lösung der propagandistisch gut auswertbaren Aufgabe, das Versäumte in einem großen, einheitlich gelenkten Anlauf wettzumachen. So u.a. Albert Speer, der in Berlin bereits städtischen Mietwohnungsbau erprobte; Heinrich Himmler, der für die besetzten „Ostgebiete“ verantwortlich war und dort eigene Vorstellungen für Siedlung und Siedlerhaus entwickelte <sup>43</sup>; Franz Seldte, dessen Reichsarbeitsministerium seit den zwanziger Jahren für den Wohnungsbau verantwortlich gewesen war; schließlich Robert Ley, „der schon seit Jahren im Rahmen der DAF ... erhebliche wissenschaftliche und praktische Vorarbeiten für den neuen deutschen Wohnungsbau geleistet hatte“ (Simon, 1941: 3). Wiewohl der Begriff „sozialer Wohnungsbau“ (ebd.) von Speer stammte, setzte sich im Ringen mit Speer und Himmler schließlich Ley mit seiner Konzeption eines industrialisierbaren Wohnungsbaues auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage durch. <sup>44</sup> Hier sah sich die DAF nun in ihrem alten Totalitätsanspruch bestätigt. Zugleich war sie aber als Verantwortliche auf ein aus der Industrie ausgliederbares Sondergebiet der Sozialleistungen abgedrängt worden; lehnte doch die Industrie eine „totale“ Einmischung der DAF weiterhin strikt ab, und auch der „Staats- und Parteiführung war an einer mächtigen nationalsozialistischen Organisation für Arbeitnehmer innerhalb des NS-Regimes nicht gelegen“ (Frese, 1991: 453). Immerhin konnte die DAF auf dem Gebiet des Wohnungsbaus nun der Industrie eher Vorgaben machen <sup>45</sup> und ihr mit dem Groß-Siedlungsbau durchaus auch das Wasser der „Stammarbeitersiedlungen“ abgraben. Folglich suchte die DAF unverdrossen und gegen alle weiteren Widerstände, ihre Vorstellung von einer „totalen Planung und Gestaltung“ (DAF, 1940), die vom industriell erzeugten „Volks-Sofakissen“ bis hin zum rationell gegliederten „Volks-Städtebau“ reichen sollte, durchzusetzen. <sup>46</sup>

## 2. FORDISTISCHE RATIONALISIERUNG DER WOHNUNGSPRODUKTION: ALTERNATIVEN ZU WEIMAR?

Als der „Führerwohnungsbau“ im Zuge der Kriegswirtschaft zunächst erprobt werden sollte, konnte die DAF einerseits die einer sozialstaatlichen Zentralisierung und „totalen Planung und Gestaltung“ günstigen Bedingungen der Kriegswirtschaft für die nachfolgende Friedenszeit nutzen. Andererseits mußte sie die Einschränkungen der Kriegszeit bei Material, Transport und Arbeitskräften in Kauf nehmen. Dadurch wurde allerdings die technische Erprobung im Krieg bindend für die anschließende Massenproduktion im Frieden. Welche Alternativen zu dem, was in der Weimarer Zeit schon erprobt worden war, standen der DAF und ihren Technikern offen?

In der späten Weimarer Zeit waren viele Vorschläge für industriell erstellbare Montagehäuser erarbeitet und in Prototypen gebaut worden, denen mit Blick auf die Fordwerke die Idee zugrunde lag, „Wohnungen ähnlich wie Autos zu bauen“: Normteile sollten am Fließband in der Fabrik auf Vorrat produziert, bei Bedarf mit Lastwagen zur Baustelle geliefert und dort trocken montiert werden.<sup>17</sup> Martin Wagner, SPD-Stadtbaurat von Berlin, Gewerkschafter und nach längeren USA-Aufenthalten einer der Wortführer der industriellen Serienproduktion im Wohnungsbau, erhoffte sich eine Senkung der Herstellungskosten um bis zu 50 %, die Überbrückung der unproduktiven Wintersaison und in vermehrtem Umfang die Beschäftigung ungelernter billiger Hilfskräfte, gerade auch die von Arbeitslosen bei Produktion und Montage.<sup>18</sup> Bei der rationalisierten Bauproduktion sollte die „Arbeitspsychotechnik“ in großem Umfang Anwendung finden (Bramesfeld, 1926).

Voraussetzung für den industriellen „Serienbau von Wohnungen“ sei, so Martin Wagner 1926, eine Konzentration der Bauindustrie auf „wenige große Industrie-Unternehmen“ mit hoher Kapitalausstattung u.a. für den erforderlichen Maschinenpark; ferner auf der Abnehmerseite. „Großbau-Aufträge“ in großen geschlossenen Losen in der Form von „Groß-Siedlungen“ mit „großen Miethäusern“ unter Zugrundelegung „eines dauernd gesicherten Wohnungsbauprogramms von 200 000 Kleinwohnungen im Jahr“; schließlich - unter ausdrücklicher Berufung auf Henry Ford - die sorgfältige Vorbereitung des Großeinsatzes in „Hausbaulaboratorien“: „Serienbau ist Präzisionsarbeit“ (Wagner, M., 1926: 89ff). Als Baumaterial schied für Martin Wagner sowohl Stahl als auch Holz als unrationell aus: „Weit aus mehr Aussicht auf Erfolg bietet der Guß- und Betonplattenbau“, wie er in den USA und Holland erfolgreich erprobt sei; auf diesen Erfahrungen aufbauend, habe Ernst May in Frankfurt/M ein wegweisendes System für in der Fabrik hergestellte Betonplatten entwickelt.<sup>19</sup>

Bedauernswerte, aber unausweichliche Folge des Groß-Serienbaues sei es, daß „angesichts dieser Konzentration der Macht ... die kleingewerbliche Konkurrenz aus dem Felde geschlagen würde“; daß also nicht nur die ineffektiven Handwerksbetriebe aus der Wohnungsproduktion ausgeschieden, sondern auch von 10 Architekten „9 brotlos würden“, weil „bei diesem Gang der Entwicklung ... das Schwergewicht der Arbeit vom Architekten zum Ingenieur wandert“ (ebd.: 113).

Die Erprobung verschiedener Verfahren war von der 1927 gegründeten „Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bauwesen“ (RFG) begleitet, doch nicht geleitet worden.<sup>20</sup>

Es blieb bei eher unkoordinierten und verstreuten Versuchen mit genormten Bauteilen und „getypten Wohnungen“ in einigen „Groß-Siedlungen“ - wie z.B. der Siedlung Törten in Dessau, der Frankschen Siedlung in Hamburg oder der Siedlung Praunheim in Frankfurt/M - und bei einer eher zaghaften „Maschinisierung der Baustellen“, da sich bis 1931 die Voraussetzungen für den industriellen Serienbau nicht herstellen ließen: Die Bauwirtschaft blieb vorwiegend kleinteilig-handwerklich organisiert; die große Bauindustrie sah keine ausreichende und langfristige Absicherung der erforderlichen großen Investitionen in den kommunalen Siedlungsprogrammen; der Architektenschaft, die am Entwurf beteiligt bleiben wollte, fehlte die notwendige Organisationserfahrung für den Serienbau; auch fehlte die straff leitende Hand einer kompetenten nationalen Koordinationsstelle etc.<sup>21</sup> Ab 1931 setzte die Weltwirtschaftskrise jeder industriellen Rationalisierung ohnehin ein Ende: Die Arbeitslosigkeit stellte mit ihrem Heer billiger Arbeitskräfte den industrialisierten Serienbau in Frage und ließ die Nachfrage nach dem allemal unbezahlbar gewordenen Gut Neubauwohnung drastisch sinken.

Als es 1940 zum neuen „sozialen Wohnungsbau“ kam, schieden unter dem Zwang der Kriegswirtschaft zunächst alle jene Vorschläge kategorisch aus, die, wie „Stahl-“ und „Kupfer-Häuser“, auf für die Rüstung wichtigen Materialien aufbauten; ferner „Holz-Häuser“, die, als „Baracken“ angesehen, dem propagandistischen Zweck nicht genügten. Also alle „Leichtbauweisen“, wie sie in den USA seit 1930 „für die Behausung der unteren Hälfte“ erprobt wurden<sup>22</sup>, kamen als alternative Kandidaten für den „Führerwohnungsbau“ nicht in Betracht. Es blieb den DAF-Technikern also für den industrialisierten Serienbau nur die „Massivbauweise“ mit dem zwar durch hohen Kohleverbrauch bei der Produktion und hohe Transportkosten belasteten Backstein oder Beton, für die aber im eigenen Land Ton, Kalk, Kies und Sand in ausreichendem Maß zur Verfügung standen<sup>23</sup> und bei dessen industrieller Verarbeitung ungelernete Kräfte in großem Umfang eingesetzt werden konnten. Jene DAF-Techniker, die schon in der Weimarer Zeit mit „Industrialisierung“, „Maschinisierung“ und „Typung“ des Wohnungsbaus Erfahrungen gesammelt hatten<sup>24</sup>, konnten also, da die Zeit für die Erprobung drängte, unmittelbar wieder dort anknüpfen, wo sie 1931 aufgehört hatten: insbesondere bei der „Betonplattenbauweise“.

Da die nationalsozialistische Herrschaft inzwischen soweit konsolidiert war, daß sie nicht mehr jede technische und organisatorische Neuerung der Weimarer Zeit verunglimpfen mußte, bestanden auch keine politischen Einwände mehr dagegen, wenn die aus der Zerschlagung der Gewerkschaften hervorgegangene DAF sich eiligst die gemeinwirtschaftlichen und technisch-organisatorischen Erfahrungen aus dem Wohnungsbau der Weimarer Zeit zunutze machte.<sup>25</sup> Für die DAF und ihre Techniker galt es nur, die Fehler der Weimarer Zeit zu vermeiden und die Hindernisse, die den technischen Fortschritt beim industriellen Serienbau aufgehalten hatten, zu überwinden. Der Krieg und die umfassend kontrollierende Kriegswirtschaft boten günstige Voraussetzungen dafür, so daß den von Martin Wagner 1926 vorgezeichneten Grundgedanken zum industriellen Serienbau unverzüglich gefolgt werden konnte: Mit der politisch potenten und technisch-organisatorisch beschlagenen DAF stand ab 1940 die geforderte zentrale Instanz für die Lenkung des „sozialen Wohnungsbaues“ bereit und ergriff die Initiative. Im Bereich des traditionellen Bauhandwerks, dem bremsenden Element auf dem Weg zum Serienbau, stand die Mehrzahl der Handwerker an der Front. In dieser Lage schien „ihre Standfestigkeit gegenüber der immer stärker werdenden Industrialisierung“ (Schönbein, 1941: 33) endlich überwindbar, wenn ihnen nur überzeugend in Aussicht gestellt würde, sie

zu "Gemeinschaftsbetrieben für die Serienerzeugung von Bauteilen" (ebd.: 34) zusammenzufassen. Gleichzeitig wurde auch schon die große Bauindustrie mit DAF-Aufträgen gefüttert und ihr ein Heer von billigen Zwangsarbeitern in Aussicht gestellt, das von nur wenigen Facharbeitern angeleitet zu werden brauchte. Die große Bauindustrie sah darüber hinaus eine investitionswürdige Zukunftsaufgabe im jährlichen Auftragsbestand von 600 000 reichseinheitlich getypten und genormten Wohnungen. Zudem stand für die Bauindustrie in Aussicht, nach dem Kriege in weitaus größerem Umfang menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzen zu können, denn Waffenfabriken sollten nach dem Kriege für die Produktion von preiswerten Baumaschinen umgerüstet werden.<sup>56</sup>

Die DAF selbst schuf sich aus dem Raubzug bei den ehemals gewerkschaftlichen "Bauhütten-Betrieben", in denen während der Weimarer Zeit die Rationalisierung der Bauproduktion hin zum "Serienbau" besonders weit vorangetrieben worden war (Krätke, 1990: 277ff), ihre eigene Bauindustrie mit der "Deutschen Bauaktiengesellschaft" (Bau-AG). Schon 1941 war im Bereich der rationalen Betonplattenbauweise "die wirtschaftliche Massenfabrikation in enger Zusammenarbeit mit Erfindern und Lizenznehmern unter der Führung der Bau-AG soweit entwickelt, daß fabrikationstechnisch der Erstellung in Fabriken nichts mehr im Wege steht" (Simon, 1941: 12). Ferner schuf sich die DAF 1941 durch Zwangszusammenfassung ihre einheitlich organisierten gemeinnützigen Bauträger: "Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die seit langen Jahren praktische Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt haben, werden die Kampftruppe des Wohnungskommissars darstellen, mit der dieser seine Wohnungsschlacht schlägt. Voraussetzung ist hierfür jedoch, daß dieser ganze Apparat unter einer straffen zentralen Leitung steht...Es ist unmöglich, daß 3 000 - 4 000 Wohnungsunternehmen ... als ungeordneter Haufen im gegenseitigen Rangablaufen Kräfte verzehren, die nutzvoller der positiven Aufbauarbeit gewidmet sein könnten" (ebd.: 6f); Flaggschiff der DAF wurde ihre eigene, reichsweit operierende und nach Gauen geordnete "Neue Heimat".

Für die nun von oben straff von der DAF geleitete neue Wohnungsproduktion wurde den Bauträgern die DIN-Norm für alle Bauteile ebenso zur Verpflichtung gemacht wie die Beachtung der reichseinheitlichen "Wohnungs-Typung". Die DAF hatte neben einer großen Anzahl von "Reichsbauformen" (Schulte-Frohlinde, 1940) - Normbauteilen wie Treppen, Sanitärzellen, Dachstühlen - unter Leitung von Hans Spiegel vor allem die zulässigen Wohnungstypen auf jene 6 "Reichstypen" - auch "Führertypen" genannt - begrenzt, die Wohnflächen zwischen 62 und 86 Quadratmetern aufwiesen: "Die Zeit der ausgetüftelten Wohnung für das Existenzminimum ist endgültig vorbei! Der neue Wohnungsbau muß den Voraussetzungen für ein gesundes Leben kinderreicher Familien entsprechen" (Spiegel, 1941: 802). Wer nicht gebärfreudig oder -fähig war, hatte keinen Anspruch auf eine solche "Führerwohnung". Die "Reichstypen für den Wohnungsbau" wurden "ausdrücklich als Erprobungstypen bezeichnet" (Jacobs, 1941: 290). Das von Martin Wagner für die Erprobung geforderte "Hausbaulaboratorium" war damit installiert. "Um einen Ausleseprozeß unter den Architekten zu bewirken" (Spiegel, 1941: 79), wurden reichsweit öffentliche Wettbewerbe ausgeschrieben für die Anwendung der "Reichstypen" bei verschiedenen Hausformen, für ihre "landschaftsgebundene" Fassadengestaltung und die "landschaftsgebundene Bebauung".<sup>57</sup> Da neben der Betonplattenbauweise andere Beton- und auch Backsteinbauweisen Anwendung finden sollten<sup>58</sup>, wurde die "Industrialisierung des Wohnungsbaues" von der Suche nach einem einheitlichen Maß-System als Grundlage für die Normierung aller Bauteile und Raumabmessungen in allen gängigen Baumaterialien geprägt.<sup>59</sup>

Obwohl zwischen 1941 und 1943 etwa 100 000 Wohnungen nach der Vorlage der "Reichstypen" gebaut werden konnten<sup>60</sup>, war es zu einem industriellen Serienbau in nennenswertem Ausmaß noch nicht gekommen. Auch stieß die Erprobung auf unerwartete Schwierigkeiten bei der Architektenschaft, die sich nicht an die Kandare der von oben vorgegebenen Richtlinien der Gestaltung nehmen lassen wollte, und bei den Gemeinden, die das Bauland bereitstellen sollten. Zudem verstanden es die vormaligen Konkurrenten um den neuen "sozialen Wohnungsbau", Ley und seiner DAF jeden nur denkbaren Bremsklotz bei der Erprobung unterzuschieben. Unvollendet blieb sie schließlich Ende 1943 im "totalen Krieg" und der ihm entsprechenden "totalen Wohnungspolitik" (Fischer-Dieskau, 1943: 219), die auf Notbauten ausgerichtet wurde, stecken.

### 3. "LANDSCHAFTSNORMUNG" IM SERIENBAU: ZUR VERMITTLUNG VON RATIONALITÄT UND MYTHOS

Der Gedanke der "totalen Planung und Gestaltung" sollte alle am Wohnungs- und Siedlungsbau Beteiligten unter den zentralen Willen und die Ziele der DAF zwingen und die Wirtschaftlichkeit der seriellen Wohnungsproduktion in jeder Richtung absichern. Jede von der vorgegebenen Linie abweichende "Individualisierung" hätte den Effekt der Rationalisierung in Frage gestellt: die Einsparung von Kosten und Facharbeitskräften einerseits und die Steigerung der Leistungsbereitschaft der Bewohner andererseits. Einzig die Einhaltung der zentralen Vorgaben konnte dem kultur-, bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Kalkül gerecht werden.

Insofern konnte der nach technisch-organisatorischen Gesichtspunkten für die industrielle Serienproduktion sorgfältig durch Haustypen und aufeinander abgestimmte Sanitärzellen, Treppenhäuser, Fenster etc. durchgeplante Wohnungsbau keine Spielräume für eine freie Gestaltung enthalten: weder bei der inneren Einrichtung noch bei der äußeren Gestalt der Fassaden, noch bei der Anordnung der Bauten im Siedlungsgefüge. Auch diese mußten der Rationalität des Serienbaues unterworfen und folglich "von oben" genormt werden. Neben die Normung der Bauteile trat also bei der DAF folgerichtig die "Normung des Hausrates" (Simon, 1941: 11) für die innere Einrichtung. Für die äußere Erscheinung der getypten und genormten Häuser wurde die "Landschaftsnormung" (ebd.) eingeführt. Sie bezog sich auf "alle die Bauteile, die durch Klima-, Boden- und Materialverhältnisse in den einzelnen Baulandschaften verschieden und äußerlich durch ihre traditionellen Bauformen und Konstruktionen gekennzeichnet sind, wie Haustüren, Fenster, Hauptgesimse, Schornsteinköpfe, Giebelausbildungen, Dachgauben, Sockelausbildungen" usw. (ebd.). Die "Landschaftsnormung" bezog sich auch auf die Anordnung der Baukörper im Siedlungsgefüge und verlangte die Zeilenbauweise oder auch die Gartenstadtbebauung in genauer Anlehnung an die Höhenlinien, um jedem Schematismus zu entgehen (DAF, 1939).

Inneneinrichtung, Fassadengestalt und Siedlungsplan hätten sich freilich mit der gleichen ingenieurhaften Sachlichkeit und Funktionalität erarbeiten und festlegen lassen wie die Typen-Grundrisse und Normbauteile. Dies war zuweilen in der Weimarer Zeit ja auch geschehen - z.B. bei der Frankfurter Zeilensiedlung Westhäuser von Ernst May oder der Kasseler Zeilensiedlung Rothenberg von Otto Häslar.

Einer solch sachlich-funktionalen Gestaltungsnormung standen im Dritten Reich jedoch an-



dere Ziele und ungeliebte Erfahrungen aus der Weimarer Zeit entgegen. Vor allem war solch funktionale Gestaltung weder „volkstümlich“ noch heimatstiftend gewesen. Ihr Schematismus hatte vielmehr provokativ und abstoßend gewirkt. Die Problemstellung für die DAF war in ihren Ursachen und Lösungen allerdings nicht neu, und die Weichen in Richtung „Landschaftsnormung“ waren bereits in der Weimarer Zeit gestellt worden.

So war schon bei den ersten Normungsversuchen im Wohnungsbau während des Ersten Weltkrieges der Verdacht aufgekommen, daß mit der Vereinheitlichung der Bauteile und der Typung der Wohnungsgrundrisse die „Gleichförmigkeit“ und damit die „Monotonie“ in die Welt der Siedlungen getragen werde: Überall und in allen Siedlungen dasselbe Erscheinungsbild.<sup>61</sup> Noch waren die Siedlungen kleine, für sich abgeschlossene Welten - und dennoch fiel die Vereinheitlichung vielen schon unangenehm auf: Sie paßte nicht in das Stadtbild, das Landschaftsbild und das Gesellschaftsbild einer konservativ an Vergangenheit und Heimat ausgerichteten Bürgerschaft. In den Bildern vergangener Größe wurde der Mythos naturgegebener gesellschaftlicher Ordnung geahnt und ihre Reproduktion für die Gegenwart gefordert - zur eigenen Erbauung und zur Erziehung der ungebildeten Klassen. Paul Schmitthenner hatte ein besonderes Muster dieser Bilderwelt in seiner Siedlung Staaken bei Berlin geschaffen.<sup>62</sup> Auf der Gegenseite bildete sich zur gleichen Zeit das Lager der Befürworter von strenger Gleichförmigkeit im Siedlungsbild, die aus der Rationalisierung der gleichförmigen Häuser hervorging und zuweilen durch eine schematische Anordnung der Häuser noch verstärkt wurde: „Nicht Abwechslung ist es, was die Architektur zu erstreben hat, sondern Einheitlichkeit. Wechsel finden wir übergenug in allem Ungeordneten und Wilden, das das Land bedeckt; Ruhe und Ordnung in das Zufällige zu bringen, ist das Ziel des baulichen Gestaltens“ (Muthesius, 1918: 193). Gleichförmigkeit wurde bald auch gewertet als „Ausdruck des Gemeinschaftsbewußtseins“ (Rings, 1924) und der Inanspruchnahme des kollektiven Neuen, des Ausbruchs aus der verstaubten Bilderwelt der Vergangenheit, wo die neue Klasse der Arbeiter gerade keine Heimat gehabt hatte.<sup>63</sup> Josef Rings in Essen, Hannes Meyer in Basel und Josef Frank in Wien waren schon 1920 Vorreiter dieser Bewegung gewesen.<sup>64</sup>

Die politische Manipulation von Bildern der Vergangenheit oder der Zukunft war im rationalisierten Siedlungsbau von Anfang an angelegt und steigerte sich zum Ende der Weimarer Zeit hin. Die meist mehrdeutigen Bilder wurden mit ihren Fassaden und Dächern gern wie eindeutige Plakate an die Gegenpartei gerichtet. Während indes nach außen hin „der Krieg der Dächer“ (Schwab, 1930: 28) geführt wurde, war das Innere der Häuser und ihr Aufbau in nahezu gleicher Art und Weise durchrationalisiert.

So kam es, daß sich mit der frühen Rationalisierungsbewegung im Wohnungsbau drei hauptsächliche Strömungen im Hinblick auf die Gestaltung der äußeren Erscheinung des „Siedlungsbildes“ herausbildeten<sup>65</sup>:

□ Die Strömung der „Rationalisten“, die die Rationalisierung des inneren Aufbaues auch auf die äußere Gestalt übertrugen und sich durchgehend um Sachlichkeit und Funktionalität im Ausdruck bemühten: Ihre Vertreter gingen mit gestalterischem „Selbstvertrauen“ (Muthesius, 1918: 189) an die neuen Formen der Sachlichkeit heran, weil sie erkannten, „daß, um zu einer guten Zeitbaukunst zu kommen, es falsch ist, die alten Bauten nachzubilden. Jene Werke sind

in einer Zeit entstanden, die andere Anschauungen, andere Bedürfnisse und andere wirtschaftliche Grundlagen hatte“ (ebd.). Die jungen Vertreter des Rationalismus schnitten sich also selbst den Blick zurück auf Erbe und Vaterland ab: „Die rücksichtslose Bejahung der Jetztzeit führt zur rücksichtslosen Verleugnung der Vergangenheit“ (Meyer, 1926: 220) und „die konstruktive Form kennt kein Vaterland“ (ebd.). Bei aller sachlichen Gestaltung griffen sie auf Sachen als Anregung zurück, die mit internationalem technischem Fortschritt gedanklich verbunden waren: Maschinen, Kornsilos, Dampfer und Werbegrafik. Als Entwerfer beanspruchten sie zwar „Ehrlichkeit“, mußten aber in Kauf nehmen, daß ihre Werke kein Vertrauen bei der Bevölkerung fanden, ja oft als provozierend, fremdartig und herzlos empfunden wurden.

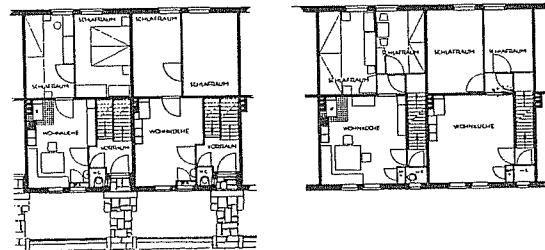
□ Die Strömung der „Traditionalisten“, die die Tradition mit Historismus wiederbeleben wollten: Sie wollten die Rationalisierung des inneren Aufbaues nur auf Bauteile und Haustypen beschränkt sehen und mühten sich im Äußeren darum, eine verlorengegangene oder nie gekannte Heimat durch kunstvolle Zitate, durch Bezüge auf vergangene Architekturen wiederherzustellen; ja sie gingen, wie Schmitthenner 1914 in der Gartenstadt Staaken, sogar soweit, in eine Siedlung aus genormten und getypten Häusern „künstliche Verschiedenheiten einzuführen, um eine als reizvoll betrachtete Zufälligkeit der Entstehung vorzutauschen. Die Häuser wurden gegeneinander unregelmäßig verschoben, das Dach hier willkürlich erhöht, dort künstlich niedriggehalten, das eine Haus lang-, das andere quergestellt“ (Muthesius, 1918: 192). Die Entwerfer dieser Richtung konnten zwar Bilder der „Individualität“ bei Haus und Straßenraum hervorzaubern und „Volkstümlichkeit“ verbuchen, mußten aber in Kauf nehmen, daß sie dadurch auf der Kostenseite den Effekt ihrer Rationalisierungsbemühungen schmälerten und zugleich Unruhe im Straßenbild erzeugten, was Theodor Fischer 1920 zu der Bemerkung veranlaßte: „Und so brüllen und lärmern denn unsere Straßen förmlich“ (Fischer, 1920: 10).

□ Eine andere Strömung der „Sachlichkeit“, einer „phrasenlosen Sachlichkeit“, wie Fischer es 1920 verlangte, wurde nach dem 1. Weltkrieg vor allem von den „Heimatschützern“, bei dem an die große Masse der „kleinen Leute“ gerichteten gemeinnützigen Wohnungsbau verfolgt. Siedlungen dieser Richtung wurden gern wegen ihres „Armeleutestils“ (Wolf, G., 1924) bespöttelt. Diese Strömung heimattümelnder Sachlichkeit wird fälschlich meist dem Traditionalismus zugeschlagen. Sie war indes Reaktion auf die Aufgeregtheit und Verlogenheit des Historismus, auf die im Weltkrieg zerstörte Werteordnung, auf das „spießbürgerliche Behagen mancher Altertums- und Heimatschutzvereine“ (Fischer, 1931: 20) und freilich auch auf die Knappheit der Nachkriegszeit. Sie strebte nach „Ruhe durch Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze ... Ruhe durch Gleichförmigkeit“ (Fischer, 1920: 9); aber auch nach „Ehrlichkeit, Einfachheit und Sauberkeit der Gesinnung“ (ebd.). Ihre Ergebnisse können in vieler Hinsicht als „modern“ gelten: serielle Reihung gleicher Elemente, Gleichförmigkeit der Lebensbedingungen, Rationalisierung von Grundrissen und Bauteilen durch Typ und Norm.<sup>66</sup> In der äußeren Erscheinung hielten sich ihre Vertreter an eine ganz bestimmte Tradition: An die Sachlichkeit des Herkömmlich-Handwerklichen; also an das sogenannte „bodenständige“ Bauen. Der Siedlungsbau der Heimatschützer war damit in seinen Erscheinungsformen regional deutlich durch Material, Haustypus und Bauteilformen differenziert. Im Siedlungsbild galt „Anpassung an die Natur“ (ebd.: 15) als ein Imperativ. So ging Werner Lindner, Geschäftsführer des „Deutschen Bundes Heimatschutz“ 1917 davon aus, „daß eine gute, rein konstruktive Form an sich schön ist, daß sie aber durch sogenannte architektonische Zutaten

meist entstellt wird ... Alle Formen müssen sachlich begründet und entwickelt sein und sollen daher nur als zweckmäßiger Ausdruck einer inneren Notwendigkeit, nicht aber bloß nach Belieben rein äußerlich, gleichsam als Modesache angewandt werden ... Durchaus zu verwerfen ist deshalb auch das romantisch-altertümelnde Aufputzen von Bauten ... eine unsachliche und meist unverhältnismäßig teure Spielerei“ (Lindner, 1917: X). Folglich schätzte Lindner „die Bauten der modernen Ingenieurkunst ... wie kaum sonst Menschenwerk. Sie stehen auf einer nie vorher erreichten Höhe vollendeter Technik“ (Lindner, 1924: 7). Anders verhielte es sich dagegen bei einfachen Nutzbauten, wie Wohnhäusern, „für die nur schlichte sachliche Schönheit in Frage kommt. Sie muß sich daraus ergeben, daß beim zweckentsprechenden Durchführen des Baugedankens ... unter steter Rücksicht auf engere und weitere Umgebung alle berechtigten Anforderungen sachlich und sinnfällig in einer unser natürliches Schönheitsempfinden befriedigenden Weise erfüllt werden“ (ebd.: 1).

Am „natürlichen Schönheitsempfinden“ tritt der „ewige Wert“ eines unveränderlichen und unvergänglichen Schönen zutage, das sich in der „Volkskultur“ des Schlicht-Zweckmäßigen niederschlägt und allein von dem in seiner Heimat, seiner Landschaft verwurzelten Volk seit eh und je hervorgebracht werden könne. In Landschaft und Volksarchitektur wurde dem Mythos des Volkes gehuldigt: „Der Typ ist gewissermaßen der zu Stein gewordene Wille der Masse, der Niederschlag ihrer Lebensgewohnheiten. Er wird also eine Zusammenfassung der Arbeiten aller an diesem Problem Beteiligten sein, die nach mehr oder weniger lange dauernder Gärung zu wenigen bestimmten Formen zusammenfließen - Formen, die entstanden sind aus der Berücksichtigung ganz bestimmter Lebensgewohnheiten“ (Stegemann, 1926: 94). In der modernen Zeit aber müsse „der Typus das ersetzen, was früher die Überlieferung leistete“ (ebd.: 96).

Volkswohnungen in  
Hamburg-Horn von 1938.  
Grundrisse



In einer immer mehr von Mobilität und Geschwindigkeit bestimmten Welt wurde hierin ein Grundstein für „Heimat“ gesehen, in der die Hektik der Großstadt überwunden und „das Leben im Nomadenzustand“ (Fischer, 1931: 14) endlich zur Ruhe kommen würde. „Heimat“ wurde verstanden als ein mythischer Ort der Verwurzelung, der Unveränderbarkeit und des Ruhens im ewigen Ursprung. „Heimatschutz“ verstand sich daher schon früh als „eines der wichtigsten, allgemeinen Erziehungs- und Bildungsmittel, als unentbehrliche, staatsfördernde und staaterhaltende Kraft“ (Lindner, 1917: IX). Heimatschutz konnte sich folglich immer nur an das jeweils herrschende politische System binden, stand nie auf der Seite der Befreiung von einengenden Traditionen und Bindungen.

Bei dem der Sachlichkeit verpflichteten Siedlungsbau sollte also die „Herstellung der Wohnhäuser alleine an der Notwendigkeit, am konstruktiv Begründeten“ (Wolf, 1924: 116) ausgerichtet werden: im Inneren genormt und getypt, in der äußeren Form aber „mit Verständnis und Empfindung, mit Empfinden für die Gliederung der Flächen, für Wohlklang des Umrisses, für Harmonie der Massen, für Klarheit räumlicher Wirkung“ gestaltet. „Wo das geschieht, da muß auch ohne Zutat sachlich nicht begründeter Schmuckformen das sozusagen nackte Haus durch die wohlbemessene Haltung seiner lebensnotwendigen Bestandteile alleine eine anständige und erfreuliche Schauseite gewinnen“ (ebd.). Nicht die nackte Funktionalität sollte gezeigt werden, sondern jene zeitlose Sachlichkeit, die von der immer gleich schlichten Volksarchitektur jeder beliebigen vergangenen Zeit abgenommen sein konnte: Die scheinbar zeitlose Kate wurde seit Paul Schultze-Naumburgs wegweisenden „Kulturarbeiten“ zum Vorbild für das Siedlerhaus in der Siedlung (Schultze-Naumburg, 1908). Entweder mußte es die Inkarnation der deutschen Kate sein: „Goethes Gartenhaus“, das als „urdeutsch“<sup>67</sup> überall Anwendung finden durfte; oder aber es mußte die für jeden einzelnen Landschaftsraum typische Kate sein.

Allein auf der landschaftstypischen Kate gründete das „landschaftsgebundene Bauen“: Hierbei war es erste Aufgabe jedes Heimatschützer-Architekten, vor dem Entwerfen von Haus und Siedlung zuerst nach den am Ort vorhandenen zeitlosen Nutzbauten, ihrer Herstellungsart, den dabei verwendeten ortsüblichen Materialien und Bauformen zu forschen. Seinem Geschick war es dann gegeben, jede aus genormten und getypten Siedlerhäusern gebildete Siedlung harmonisch in die Landschaft - genauer: in das „Bild der Landschaft“ - einzubinden. Heimatschutz war, so verstanden, eine am „Volksempfinden“ ausgerichtete, aber dennoch durchaus individuelle gestalterische Aufgabe für den Architekten. Die dabei geforderte Schlichtheit verband stets den Zweck der Sparsamkeit bei der Gestaltung von Fassaden und der Anpassung an das Gelände mit dem Ziel der Volkstümlichkeit. Alles aber diente in alter Manier der Volkserziehung, die darauf gerichtet war, aus „der Menge ein Volk“ zu machen, den Bewohnern die „Notwendigkeit, sich der Gesamtheit unterzuordnen“, zu vermitteln und eine „soziale und nationale Gesinnung“ zu erzeugen (Fischer, 1920: 87ff). Sachlichkeit im Siedlungsbau bedeutete also stets kalkuliertes Design im Sinne angewandter Psychotechnik.<sup>68</sup>

Der gestalterischen Linie des Heimatschutzes folgten in der Weimarer Zeit viele jener gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, die sich mit der Rationalisierung des Wohnbaues hervortaten. So u.a. die Gagfah als Wohnungsfürsorgegesellschaft für Angestellte<sup>69</sup> und die Provinzielle Wohnungsfürsorge in Preußen.<sup>70</sup> Verfechter einer Rationalisierung des Wohnbaues, wie Rudolf Stegemann, Heinrich Tessenow, Paul Schmitthenner, Julius Schultze-Frohlinde oder Gustav Wolf<sup>71</sup> lösten sich bei ihren getypten und genormten Siedlungen niemals aus der gestalterischen Linie von Sachlichkeit und Heimatschutz. Sie saßen zwar mit den Vertretern des „Rationalismus“ in den verschiedenen Ausschüssen und Gremien am gleichen Tisch und waren sich über Typung, Normung, Ford und die Industrialisierung des Wohnbaues weitgehend einig - allein, wenn es zur äußeren Gestaltung von Fassade und Siedlung kam, bestand Dissens.<sup>72</sup>

Auf die gestalterische Linie von Sachlichkeit und Heimatschutz konnte sich auch die DAF weiterhin stützen, als es um den neuen „sozialen Wohnungsbau“ ging. Nicht umsonst holte

“Eine Wohnung, gebaut wie ein Auto“

sie sich schon 1934 aus dem Büro von Paul Schmitthenner als leitenden Architekten Julius Schulte-Frohlinde in ihr Architekturbüro und betraute ihn mit der Aufgabe, "die landschaftlichen Grundlagen des deutschen Bauschaffens" (Schulte-Frohlinde u.a., 1940) zu erarbeiten. Allerdings hatte die DAF mit ihrem auf industriellen Serienbau ausgerichteten "sozialen Wohnungsbau" ein altes Problem auf eine neue Maßstabebene gehoben: Es ging von nun an nicht mehr um einzelne Siedlungen mit genormten und getypten Wohnhäusern, die von einzelnen Architekten geschickt in die Landschaft hineinzukomponieren waren, wie es der Bund Heimatschutz verlangte. Vielmehr ging es um die reichseinheitliche Normung und Typung des gesamten Wohnungsneubaues eines Jahrzehntes, also um Siedlungen mit insgesamt ca. 6 Millionen Wohnungen! Reichsweite Einheitlichkeit ließ reichsweite Monotonie befürchten.<sup>73</sup> Das Ziel der Verwurzelung der "Volksgenossen" in ihrer planmäßig erstellten neuen "Heimat" wäre durch eine ubiquitäre Gestaltung der Siedlungen ernsthaft bedroht gewesen. Die psychotechnische Erfahrung der Heimatschützer und ihr sorgfältig kalkuliertes Design beim Siedlungsbau versprach der DAF Abhilfe zu schaffen.

Eine individuelle Gestaltung jeder einzelnen Siedlung im Sinne des von Heimatschützern vertretenen "landschaftsgebundenen Baugestaltens" (Lindner, 1941) durch einzelne Architekten hätte diese Gefahr wohl bannen können. Aber dieser Gedanke hätte wiederum die Prinzipien eines industrialisierten Serienbaues in Frage gestellt. Es durfte nicht von einzelnen freischaffenden Architekten an die äußere Hülle eines Hauses und seine Eingliederung in die Landschaft wieder verschwendet werden, was im Inneren durch industriellen Serienbau eingespart worden war: Geld und Arbeitskräfte. Mit Blick auf die "Landschaftsnormung" hieß dies: "Wir müssen dazu kommen, im Interesse eines häuslicheren Einsatzes unserer Arbeitskräfte wesentlich weniger Handwerker und Facharbeiter am Bau zu beschäftigen. Der Umfang der Bauaufgaben nach dem Kriege ist ein so gewaltiger, ... daß alles getan werden muß, um mit den vorhandenen Baufacharbeitern eine größtmögliche Bauleistung zu erzielen. Zum anderen aber müssen wir zu einer Verbilligung des Wohnungsbaues kommen" (Simon, 1941: 11). Die äußere Hülle des Hauses mußte also gleichermaßen rationell von wenigen Industriearbeitern im Takt der Serienfertigung miterzeugt werden können. Das Handwerk schied aus oder sollte auf die Anbringung der oben erwähnten Dekorationselemente beim letzten "finish" beschränkt bleiben.

Aus "Landschaftsbindung" mußte "Landschaftsnorm" werden. Der alten Methode der Heimatschützer folgend, sollten in einzelnen Landschaftsräumen des Reichs die sogenannten "Hauslandschaften" erkundet werden, bei denen die für einen Landschaftsraum charakteristischen Gestaltelemente der alten Wohnhäuser des Volkes - insbesondere Bauernhäuser und Katen - nach Bauteilen zusammenzustellen waren. Daraus sollten dann die für einen Landschaftsraum gültigen "Landschaftsnormen" hergeleitet, diese in "Baufibeln" für den Führerwohnungsbau eines jeden Gaues aufbereitet und für die Anwendung bei der industriellen Serienproduktion verbindlich festgelegt werden. Auf dieser Grundlage würde, so die Meinung der DAF, der Wohnungsneubau wieder in die Landschaft eingebunden und das alte Ziel der Heimatschützer, die "Landschaftsverbundenheit" auch beim Serienbau gesichert. Da sich indes das volkstümliche Bauen in jedem Landschaftsraum als äußerst differenziert und vielfältig erwies, mußte für die praktische Handhabung bei der Landschaftsnormung die Vielfalt der Erscheinungen drastisch auf eine einzige Schablone für jeden Gau reduziert werden. Diese verän-

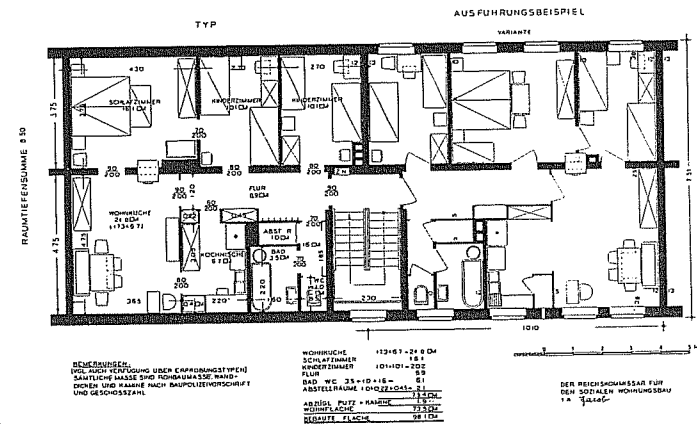
derte Aufgabenstellung lenkte die Heimatschützer von ihrer bisherigen Praxis subjektiver Erkundung der bodenständigen Qualitäten des Bauens ab und drängte sie vom alten Pfad der Tugenden des Heimatschutzes ab. Zumindest taten sie sich mit der ihnen von der DAF zugemuteten Aufgabe schwer: "Es mühen sich führende Architekten von hohem Ruf in sorgfältiger Arbeit und häufigen Aussprachen mit Fachkameraden um das Herausklären dessen, was nun tatsächlich und praktisch unter landschaftsverbunden zu verstehen ist. Überrascht und beschämt stellen sie fest, wie schwer das ist" (Lindner, 1942: 752).

Mit dem Auftrag zur Erarbeitung schablonenhafter "Landschaftsnormen" und gauweiser "Baufibeln" wurde auch der Heimatschutz vom NS-System vereinnahmt, diente er doch nun nicht mehr dem "bodenständigen Bauen" (Lindner, 1934), sondern dessen ins Propagandistische umgelenktem Abklatsch beim seriellen Groß-Siedlungsbau: Die Ergebnisse der Heimatschutz-Bemühung mußten schematisch bleiben und die Unterscheidungen des getypten und genormten Wohnungsbaues in den einzelnen Landschaftsräumen künstlich aufgesetzt wirken. Mit seinen volkstümlich kalkulierten Fassaden-Applikationen war der "Führerwohnungsbau" weiter entfernt vom ortsüblichen "volkstümlichen Bauen", als es je bei den landschaftsverbundenen Siedlungen der Weimarer Zeit der Fall gewesen war. Die Erprobungs-Siedlungen der frühen Kriegsjahre blieben beängstigend steril und gewannen nie die Gestaltqualität ihrer 12-18 Jahre älteren Vorbilder. Die Heimatschablone ließ nicht nur die serielle Produktion, sondern vor allem auch die Absicht der Gleichschaltung und Propaganda eiskalt durchschimmern. Die von der DAF angestrebte "Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft" (DAF, 1940) und die davon hergeleitete "Landschaftsnorm" erwiesen sich als Chimären der Rationalisierung

APRIL 1941

G 4 W

REICHSTYPEN FÜR DEN WOHNUNGSBAU  
ERPROBUNGSTYPEN  
GRUNDRISS FÜR GESCHOSSWOHNUNGEN  
ZWEI WIEBRÄUMWOHNUNGEN AN EINER TREPPEN  
FÜR EIN BIS DREI GESCHOSS MIT WESTERBANG



BLATT 1

Reichstypen für den Wohnungsbau

des Wohnungsbaues.<sup>71</sup> Die DAF hatte die Ermahnung in den Wind geschlagen, die der zutiefst national gesonnene Begründer, Ernst Rudorff, seinem „Heimatschutz“ 1897 mit auf den Weg gegeben hatte: „Wie eine gemachte Blume nie zu einer wirklichen wird, so ist alles, was die Natur oder der unmittelbare Trieb des Volkes schöpferisch hervorbringt, auf keine Weise zu ersetzen durch die Erzeugnisse rationeller Maßregelung“.

#### ANMERKUNGEN:

Tilman Harlander sei gedankt für die kritische Durchsicht des Textes.

1 Vgl. ausführlich: Harlander/Fehl, 1986.

2 Vgl.: Harlander u.a., 1988.

3 Im Rahmen der neuen Förderungspolitik sollte vorrangig der Mietwohnungsbau der Rationalisierung zugeführt und vom Staat gefördert werden. Weitergeführt werden sollte aber auch „der Bau von Eigenheimen und Kleinsiedlungen bei vorhandenem Eigenkapital“ (Führererlaß 15.11.1940,2).

4 Die von Fords Automobilfabrik abgeleitete Idee, „Wohnungen wie Autos“ zu bauen, stammte aus den USA. Sie fiel in den 20er Jahren in Deutschland auf fruchtbaren Boden (u.a. bei Wagner, M., 1924: 6; Gropius, 1927: 275 ff) und wurde von der DAF 1940 mit ausdrücklichem Verweis auf den „Volkswagen“ (Schönbein, 1941: 614; Spiegel, 1943: 6; Ley, 1944: 49) und „die Methoden von Ford“ (Wagner, H., 1941: 152. und Schönbein, 1941: 34) wieder aufgenommen.

5 Vgl.: Simon, 1941: 5.

6 Vgl.: Hortleder, 1969: 107 ff.

7 Vgl. ausführlich: Hoffacker, 1989: 143 ff.

8 Vgl.: Prinz, 1991.

9 Der „politische Bruch“ von 1933 war formal betrachtet ein demokratisches Ergebnis gewesen, beruht er doch auf der politischen Entscheidung breiter Teile der Bevölkerung: Verunsicherte Lohnabhängige, in die Ungewissheit entlassene Arbeitslose und der durch nationale Fragen und die Modernisierung sich bedroht fühlende Mittelstand; sie hatten für ein Ende von Wirtschaftsnot und politischen Gegensätzen gestimmt.

Die NSDAP hatte mit Propaganda und Terror nachgeholfen und mit Hitler den Wahlsieg davongetragen, als sie in ihren Programmen versprach, „eine starke Zentralgewalt des Staates zu schaffen“ und dem „Führer“ alle Vollmachten in die Hände zu legen, im „antiparlamentarischen Kampf“ die politischen Gegensätze mit Gewalt auszuräumen, das Volk nach einer Säuberung von „fremdem Blut“ in der „Volksgemeinschaft“ gleichzuschalten (Feder, 1932: 22ff) und auch die Modernisierung von Industrie und Gesellschaft für die „Volksgenossen“ verträglich zu gestalten (ausführlich bei Kühn, 1990: 90ff). Die Mehrheit bekam, was sie gewählt hatte.

10 Vgl.: Herbst, 1982.

11 Vgl.: Fehl, 1985.

12 Vgl. ausführlich: Harlander u.a., 1988: 11 ff.

13 Auf die widersprüchliche Rezeption des Fordismus in Deutschland in der Zeit zwischen den Weltkriegen verweist u.a. der Beitrag in diesem Sammelband: „Welcher Fordismus eigentlich?“.

Im vorliegenden Beitrag wird die These vorgetragen, daß der Fordismus ungebrochen aus der Weimarer Zeit in die Zeit des Nationalsozialismus hinübergetragen wurde - zumindest im sozialstaatlich bedeutsamen Politikfeld des staatlich geförderten Wohnungsbaus. Hort der sich am Fordismus orientierenden „Modernisierer“ war, so die ergänzende These, die Deutsche Arbeitsfront (DAF).

Beide Thesen sind allerdings nur als Beobachtungen am verfügbaren Material zu verstehen und mit Vorsicht aufzunehmen; ihre Bestätigung durch das im Bundesarchiv vorliegende Aktenmaterial steht zum ge-

genwärtigen Zeitpunkt noch aus. Dabei wird vor allem zu überprüfen sein, ob die auffälligen Ähnlichkeiten zwischen den DAF-Bemühungen um eine industrielle und sozialstaatliche Modernisierung mit den Fordschen Grundsätzen rein zufälliger Natur waren oder ob die Fordschen Grundsätze eine beständige Wirkung für die von den DAF-Sozialingenieuren verfolgten Modernisierungsbemühungen hatten oder ob diese sich dabei tatsächlich von Fordschen Grundsätzen leiten ließen. Da sie alle während der Weimarer Zeit von den Auseinandersetzungen um den Fordismus in der einen oder anderen Weise geprägt worden waren, wird zunächst für den Zweck dieses Beitrages von einer Beeinflussung ihres Denkens durch den Fordismus ausgegangen.

Die These vom DAF-Fordismus beruht darauf, daß antikapitalistisch ausgerichtete Techniker und Verwaltungsfachleute, insbesondere aus der Gemeinwirtschaft und den aufgelösten Gewerkschaften, sich in der DAF zusammenfanden (Frese, 1991), nachdem manche schon in der Weimarer Zeit eine Heimat in der NSDAP bzw. in der SA gefunden hatten. Die DAF wurde zu ihrem Sammelbecken, nachdem die SA-Führung im Juni 1934 von Hitler wegen drohender Unbotmäßigkeit liquidiert worden war. Diese „antikapitalistische“ Strömung darf nicht mit einer Version von „Sozialismus“ verwechselt werden, wie es zuweilen in der Bezeichnung „eine Art linker Bewegung in der NSDAP“ (Nerdinger, 1985: 75) fälschlich anklingt. Sie war eher gemeinwirtschaftlich und fordistisch ausgerichtet. Die Bewunderung für Henry Ford gründete in der NSDAP seit den frühen 20er Jahren auf dessen als vorbildlich angesehenen starken Führerschaft, auf seiner Unabhängigkeit vom internationalen „Zinskapital“, auf seinem Konzept der „Dienstleistung“, seinem „Anti-Semismus“ und „Anti-Marxismus“. Der von den antikapitalistischen Modernisierern in der DAF vorgeschlagene Reformweg sah nicht die Sozialisierung der Industrie vor, sondern im Fordschen Sinne die Verwendung der Gewinne einerseits für die Senkung der Produktpreise und andererseits für die weitere industrielle Leistungssteigerung - und zwar mittels Verbesserung der sozialen Leistungen unter vereinheitlichender und straffer Leitung des totalitären Staates. So besehen, scheint der DAF also die analoge Übertragung einer Art von Fordismus vom industriellen Groß-Unternehmen auf den Staat ein Hauptanliegen gewesen zu sein.

14 Vgl.: Recker, 1978: 124.

15 Vgl.: Bolz, 1934.

16 Vgl.: Spörhase, 1956: 174ff.

17 Vgl.: GEHAG, 1957: 26.

18 Vgl.: ebd.: 26ff.

19 Vgl.: DAF, 1938.

20 Vgl.: Jakob, 1941.

21 Vgl.: Spörhase, 1947: 126f.

22 Vgl.: Simon, 1941: 6.

23 Vgl.: Frese, 1991: 15ff.

24 Vgl.: ebd..

25 Vgl.: DAF, 1939.

26 Vgl. für den sozialen Wohnungsbau: Wagner, H., 1941: 147f.

27 Vgl.: ebd.: 146; Schäfer, 1991.

28 Vgl.: Simon, 1941: 7.

29 Vgl.: Frese, 1991: 451.

30 Vgl.: ebd.: 73ff; 421ff.

31 Vgl.: ebd.: 100ff.

32 Vgl.: Krätke, 1990: 271ff.

33 Vgl.: Bolz, 1934; Recker, 1981: 39ff; Wysocki, 1991: 85ff; Schubert/Harms, 1993: 106ff.

34 Vgl.: Wysocki, 1991: 87.

35 Vgl.: Kahl, 1940; Rostock/Zadnick, 1992.

36 Vgl.: Hübbenet, 1938; Lotz, 1940; Friemert, 1979: 20ff.

37 Vgl.: Die Form, 1934.

## "Eine Wohnung, gebaut wie ein Auto"

- 38 Vgl.: DAF, 1939.  
 39 Vgl.: Kauffmann, 1940.  
 40 Vgl.: Doerr, 1941; Harlander/Fehl, 1986: 433.  
 41 Vgl.: Prinz, 1991.  
 42 Vgl.: Recker, 1978: 117.  
 43 Vgl.: Fehl, 1990.  
 44 Vgl. ausführlich: Harlander, 1993.  
 45 Vgl.: Simon, 1941: 6.  
 46 Vgl.: Harlander/Fehl, 1986: 50ff.  
 47 Vgl. ausführlich: Herbert, 1984: 57ff; Stegemann, 1926.  
 48 Vgl.: Wagner, M., 1926: 85f; 107; Weis, 1991.  
 49 Vgl.: ebd.: 109.  
 50 Vgl. ausführlich: Fleckner, 1993.  
 51 Vgl.: Lübbert, 1930.  
 52 Vgl. ausführlich Herbert, 1984: 215ff; Fehl, 1988.  
 53 Vgl.: Neufert, 1943.  
 54 Aus der Rationalisierungsbewegung der Weimarer Zeit fanden sich beim neuen "sozialen Wohnungsbau" in der DAF und zugeordneter Behörden u.a. folgende Architekten zusammen: Ernst Neufert, Reinhold Niemeyer, Friedrich Schmidt, Franz Schuster, Hans Spiegel, Rudolf Stegemann, Gustav Wolf und Paul Wolf. Insbesondere die Mitwirkung in der vom Reich finanzierten "Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bauwesen" (RfG), die 1927 gegründet und 1931 aufgelöst wurde (ausführlich Fleckner, 1993), war für viele Mitwirkende am neuen "sozialen Wohnungsbau" prägend. Hinzu kamen 1940/41 die vielen leitenden Mitarbeiter aus der gemeinnützigen Bauwirtschaft der Weimarer Zeit, wie u.a. Julius Brecht, Jürgen Fischer-Dieskau, Heinrich Simon und Hans Wagner.  
 55 Vgl.: Schmidt, 1941: 135.  
 56 Vgl.: Ley, 1941.  
 57 Vgl. ausführlich: Harlander/Fehl, 1986: 433f.  
 58 Vgl.: Spiegel, 1941: 290.  
 59 Vgl.: Stratemann, 1943; Neufert, 1943.  
 60 Vgl.: Harlander/Fehl, 1986: 434ff.  
 61 Vgl.: Muthesius, 1918: 183ff.  
 62 Vgl.: Kiem, 1992.  
 63 Vgl.: Fehl, 1990: 190ff.  
 64 Vgl.: ebd.: 212 ff.  
 65 Im folgenden wird die These vertreten, daß Funktionalismus, Rationalisierung und Sachlichkeit während der Weimarer Zeit ebenso wenig als ein Besitzstand alleine der sogenannten "Bauhaus-Moderne" des "neuen Bauens" anzusehen waren, wie der Fordismus, Funktionalität, Rationalität und Sachlichkeit wurden von links gerichteten und gleichermaßen auch von politisch gemäßigten, ja von ausgesprochen nationalsozialistisch ausgerichteten Architekten, Stadtplanern und Künstlern vertreten - z.B. von Albert Speer, Werner Lindner und H.B. Reichow. Insofern ist die Einschätzung, daß "der Funktionalismus (den politischen Bruch von 1933) überlebte!" ebenso irreführend wie die Behauptung, "die 'neue Sachlichkeit' überlebte die Diktatur" (Heskett, 1979: 53). Im Gegenteil, die "Diktatur" bediente sich auch der "neuen Sachlichkeit" und des "Funktionalismus" unter dem Motto "Was Praktisch ist, ist Schön" (Wagner, H., 1941: 9) und führte diese gestalterischen Ansätze und Methoden bedenkenlos dort weiter, wo sie es für angemessen hielt.  
 Gleichermäßen lassen sich die Heimatschützer jener Zwischenkriegszeit nicht in Bausch und Bogen in die Ecke der "Tradition" oder gar der finstersten Reaktion drängen. Aber sie lassen sich auch nicht dadurch vor dem Vorwurf ihrer Nähe zum Nationalsozialismus schützen, daß sie bei ihren Bemühungen um Schutz

- von Natur, Landschaft und historischem Erbe zuweilen eine durchaus ehrenwerte und in der Sache richtige Position vertreten haben.  
 Für die Einordnung ausschlaggebend sind - bei Heimatschützern und Modernisten gleichermaßen - die Gründe und die Begründungen ihrer Parteinahme und ihre Neigungen, sich der "Diktatur" zur Verfügung zu stellen.  
 66 Vgl.: Schmitthenner, 1920.  
 67 Vgl.: Voigt, 1992.  
 68 Vgl.: Bramesfeld, 1926: 17f.  
 69 Vgl.: Gagfah, 1928.  
 70 Vgl.: Preußischer Minister für Volkswohlfahrt, 1931.  
 71 Vgl. ausführlich: Neitzke, 1993: 67ff.  
 72 So finden sich bei der Reichsforschungsgesellschaft (RfG) u.a. neben Otto Bartning, Walter Gropius, Ernst May und Martin Wagner als Exponenten der rationalistischen Linie auch Vertreter der heimatschützerischen Sachlichkeit wie Paul Schmitthenner und Rudolf Stegemann (Verwaltungsberichte der RfG, 1929).  
 Im "Deutschen Ausschuß für wirtschaftliches Bauen" saßen u.a. Ernst May, Reinhold Niemeyer und Gustav Oelsner als Vertreter der rationalistischen Linie neben Hans Elkart, Paul Schmitthenner, Rudolf Stegemann (Vorsitzender), Gustav Wolf und Paul Wolf als Vertretern eines heimatschützerischen Siedlungsbaues. In beiden Einrichtungen finden sich u.a. ferner Dr. Friedrich Schmitt als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und Bruno Schwan als ein Vertreter der Gemeinden neben vielen Vertretern der gemeinnützigen Bauwirtschaft (Deutscher Ausschuß für wirtschaftliches Bauen; Mitgliederliste 1928).  
 73 Vgl.: Lindner, 1942: 752.  
 74 Der Frage "Wie 'modern' war das Dritte Reich?" ist u.a. Wolfgang Wippermann 1992 nachgegangen. Er spricht dem NS-System jegliche Modernität ab, da es in allererster Linie rassistisch geprägt gewesen war. Das soll nicht abgestritten werden. Dennoch wird hier eine etwas differenziertere Sicht vertreten, die nicht alles in den großen Topf des "Dritten Reichs" wirft, sondern zwischen den Modernisierungs-Ansätzen der einzelnen NS-Gliederungen unterscheidet und darüber hinaus nur das betrachtet, was für die gemäß NS-Ideologie begünstigten Teile der Bevölkerung, die sogenannten "Volksgenossen", in die Wege geleitet werden sollte. So wird hier ausschließlich die DAF als einer der Träger der Modernisierung betrachtet, der im Zuge der forcierten Industrialisierung, unter dem Druck ihrer Profilierung gegenüber der Industrie-Arbeiterschaft und im Streben nach Vorrang innerhalb des von Konkurrenz geprägten "polykratischen Systems" im "Führerstaat" sehr wohl auf den westeuropäischen Modernisierungszug aufsprang. Ihre seit 1934 entwickelten "Sozialstaatskonzepte" zur sozialverträglichen Leistungssteigerung, zur Beseitigung von gesellschaftlichen Reibungsverlusten, zur Herstellung eines engeren "sozialen Netzes", zur Egalisierung etc. waren in ihrer Ausrichtung auf die "Volksgenossen" freilich von eher bauernfängerischer Absicht getragen. Sie wurden zum Schaden und Leid der davon ausgeschlossenen Bevölkerungsteile in die Tat umgesetzt. Die gesellschaftliche Modernisierung, wie sie von der DAF für die "Volksgenossen" während der 14 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft betrieben wurde, ist also als eine ausgrenzend, rassistisch und totalitär überformte Modernisierung zu verstehen. Sie verharrte zudem weitgehend auf dem Papier, und nur verschwindend wenig wurde in die Tat umgesetzt. Aber die Modernisierer der Nachkriegszeit konnten auf die Konzepte zurückgreifen.